Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 132 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zurzeit postal. Bestellgeld.

Freitag-Ausgabe
Freitag, 2. April

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 250 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Karfreitag

Der Christenheit höchster Feiertag war es — die ganze westliche Kulturmenschheit beging ihn und gedachte des Ereignisses, das die zwei großen Weltgeschichtsperioden voneinander scheidet, und suchte einzudringen in das Verständnis und Erlebnis dieser einzigartigen Tatsache, des Kreuzestodes Jesu Christi. Und wie äußerlich das Kreuz überall als Schmuck, als Zierde, als Sinnbild und Bedeutungszeichen erschien, nicht nur an den Kirchen, sondern auch an den Straßenecken, Wohnhäusern, an Schmuckstücken usw. usw., so beschäftigten sich innerlich die Menschen mit diesem wunderbaren, geheimnisvollen Ereignis, das doch eine höchste Offenbarung, Verdeutlichung in sich birgt. Vom „Karfreitagszauber" hat unser großer Tondichter gesprochen. Unsere Väter haben ihn gekannt und unter seinem Eindruck und seiner Wirkung gestanden.

Es ist heute anders geworden. Gewiß ist für die Kirche nach wie vor der Karfreitag der höchste Feiertag, die Gotteshäuser sind an dem Tage überfüllt, es erscheinen auch solche, die sonst dem Leben der Gemeinde fernbleiben, die Predigt vom Kreuze wird jedesmal verkündigt. Und dennoch — sie ist nicht mehr die entscheidende Macht in unserem Volke und seinem Geistesleben. Es ist wie eine Rückkehr zu den Anfangszeiten, daß die Botschaft vom Kreuz, wie der erste gewaltigste Missionar gesagt hat, den einen als ein Ärgernis, den anderen als eine Torheit erscheint. Ein Teil des Volkes bekämpft sie offen mit allen Mitteln des Fanatismus — ein anderer Teil, und das ist die große Mehrzahl, und sie findet sich in allen Lagern, Ständen, Schichten des Volkes, geht gleichgültig daran entlang; dies ganze Lebensgebiet, das eben durch den Karfreitag zusammengeschrieben ist, spielt für sie gar keine Rolle, es ist bestenfalls eine Torheit, oder etwas, das in der Wirklichkeit des Lebens gar keine Bedeutung hat, auch wenn man sich nicht öffentlich dagegen erklärt. Was schlimmer ist, ist fraglich. Jedenfalls haben die Lauen vor denen, die warm oder kalt sind, keinen Vorzug.

Es erscheint unendlich schwer, gerade in dieser Zeit wieder das lebende Geschlecht an die Bedeutung des Karfreitages heranzuführen. Und doch muß es sein, wenn überhaupt an einen Neuaufstieg unseres Volkes, der ganzen Menschheit gedacht werden soll. Und wiederum: wer den Karfreitag kennt, muß sich immer wieder sagen, daß kaum eine Zeit deutlichere Hinweise, Anknüpfungen für ihn gegeben hat als die jetzige. Und er sieht die unmittelbare Notwendigkeit, daß wir hierhin uns kehren, daß da der Mittel- und Einigungspunkt liegt, an dem allein dies zerbrochene und zerrissene Volk wieder zusammengeführt, geheilt und zu neuer Einigung verbunden und emporgeführt werden kann.

Unendlich mannigfaltig sind die Gedanken, die Wesensinhalte, welche der Karfreitag umschließt. Einige Hauptreihen aber treten stets in den Vordergrund. Das Kreuz spricht von Leid, tiefstem Leid der Seele und des Leibes, und von Schuld, von einer allgemeinen gewaltigen Schuld — es spricht von einem reinen Opfer der Liebe, das Leid und Schuld überwindet und über den Tod hinweg eine neue Gemeinschaft der Liebe begründet. Sind jenes nicht Dinge, von denen bei uns gerade jetzt dauernd die Rede ist? Nur eben, daß sie bei uns auseinanderfallen, daß wir sie nicht miteinander in Einklang bringen können? Und daß uns eben die Auflösung, die Er—lösung fehlt? Unsägliches Leid geht durch unser ganzes Volk. Und wer nicht ganz stumpf geworden ist in dieser Zeit, muß mitleiden. Nicht das äußere Leid aber ist das schwerste, sondern das innere Leid an dem inneren Zusammenbruch unseres Volkes. Dieses Volk nannte sich christlich, aber es war es nicht, schon seit Generationen nicht mehr, auch die nicht, die sich äußerlich zum Christentum hielten. Und damit kommt das andere Moment: die Schuld. Wir tragen eine ungeheure Schuld gemeinsam, alle. Warum brach dieses Volk zusammen? Warum taten wir solchen Fall? Waren es nicht geistige Führer des Volkes, die ihm schon vor drei, vier Menschenaltern den inneren Halt nahmen, indem sie den Geist austrieben aus dem Leben und Wirken der Menschen, die die Maschine und das Geld zum neuen Gott erhoben? Und haben wir untereinander mit der Liebe zu den Brüdern gleichen Stammes und Blutes gelebt, daß wir uns unserer Not untereinander annahmen? Waren wir nicht vielmehr alle praktische Egoisten und Materialisten, auch wenn wir vielleicht theoretisch andere Meinungen aussprachen, solche, die nur an sich dachten und die Selbstsucht zum obersten Grundsatz des Lebens und der Politik erhoben?

Der Karfreitag weist uns auf das gemeinsame Leid und die gemeinsame Schuld. Nur wenn wir mit diesem Lichte hineinleuchten in unser gesamtes persönliches und nationales Leben, kann uns geholfen werden. Nur wenn wir uns selbst mit in die Reihe der Schuldigen stellen, können wir das Neue, Emporhelfende, Erlösende des Karfreitags erkennen und ergreifen. Denn in ihm ist das absolut und ewig Neue erschienen, das sich in keine Schablone, in kein Schlagwort einfangen läßt, das alle zeitlichen Rahmen sprengt, und doch wieder das Allereinfachste ist für den, der seine inneren Augen öffnen will: die Liebe, die sich für den anderen hingibt, die den Bruder liebt, weil sie sich selbst von einer ewigen Liebe, die sie Vater nennt, geliebt, abhängig und getragen weiß. Das ist die ungeheuer ernste Frage und Forderung des Karfreitags jetzt an unser Volk: ob wir die Liebe, die eine wirkliche Gemeinschaft von Brüdern wirkt, wieder fassen. Ob das Kreuz wieder zu unserem Zeichen wird? Gelingt das nicht, dann ist das Ende da. Es soll und muß aber gelingen. Jedem von uns ist es aufs Herz gelegt: daß wir des Volksgenossen, des Mitbruders wieder mit Liebe gedenken und ihm mit Liebe begegnen. Ob er uns wiederliebt, ist ganz gleich. Jesus von Nazareth hat auch nicht danach gefragt, sondern bewahrte die Liebe bis zum Tode. Wer jetzt Haß hält und gar weiter nährt, ist sein eigener Totengräber und gräbt mit am Grabe unseres Volkes. Wer jetzt Selbstsucht betreibt, vermehrt die Schuld, wird selbst immer tiefer schuldig, geht verloren und stürzt uns tiefer. Bei jedem einzelnen muß es anfangen: Liebe, die sich selbst opfert. Das allein schafft Erlösung. Und das ist die Predigt des Karfreitags! H. H.

Millerands Weigerung

Paris, 31. März.

Millerand ließ dem deutschen Geschäftsträger Mayer heute vormittag folgendes Schreiben zugehen:

Herr Geschäftsträger!

In Beantwortung Ihres Schreibens von gestern beehre ich mich, Ihnen die Bedingungen zu bestätigen, zu denen die französische Republik ihre eventuelle Ermächtigung erteilt, das Ruhrbecken durch deutsche Truppen besetzen zu lassen. Diese Ermächtigung würde eine Beeinträchtigung des Artikels 43 und 44 des Versailler Vertrages darstellen und ließe sich nur durch eine gebieterische und augenscheinliche Notwendigkeit rechtfertigen. Nun haben aber die Organe der Kontrollkommission, die durch das Protokoll vom 21. August 1919 beauftragt wurden, die Ausführungen des Friedensvertrages zu überwachen — wie ich Ihnen bereits bei unserer gestrigen Unterredung erklärte —, die bestimmte Ansicht geäußert, die uns auch von anderer Seite bestätigt wird, daß in dem gegenwärtigen Augenblick eine militärische Intervention in dieser Gegend unnötig und gefährlich sei. Die Umstände erlauben es mir daher nicht, dem Gesuch Ihrer Regierung zu entsprechen, und ich muß mir meine endgültige Entscheidung auf die bestimmten Vorschläge, die Sie mir gestern unterbreitet haben, vorbehalten. Zum Schlusse möchte ich die aufrichtige Versicherung erneuern, daß die französische Regierung den Wunsch hegt, die Aufgaben der Regierung in dem Maße zu erleichtern, wie sie mit der Verteidigung der Interessen vereinbar sind, die wir zu schützen berufen sind. Genehmigen Sie usw.

gez. Millerand.

Amsterdam, 1. April.

Nach einer Reuter-Meldung aus Paris hat der deutsche Geschäftsträger das Ersuchen betreffend den Einmarsch deutscher Truppen in das Ruhrgebiet nur an die französische Regierung und an Millerand als französischen Premierminister und nicht als Mitglied des Obersten Rates gerichtet. Millerands Weigerung sei im Namen der französischen Republik und nicht im Namen der alliierten Mächte erfolgt.

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Paris, 1. April.

Der deutsche Geschäftsträger Dr. Meyer wurde heute morgen vom Ministerpräsidenten Millerand empfangen. Er überbrachte dem französischen Ministerpräsidenten neue Informationen über die Lage im Ruhrgebiet. Millerand antwortete, daß er sich an sein gestriges Schreiben an die deutsche Regierung halten müsse.

Der „Temps" bemerkt in seinem heutigen Leitartikel dazu folgendes: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland bedarf der Mithilfe der französischen Regierung. Frankreich ist dazu auch vollkommen geneigt, aber nur unter der Bedingung, daß Deutschland bereits Anstrengungen macht, um die Garantien des Friedensvertrages zu respektieren und die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten.

*

Amsterdam, 1. April.

„Times" schreibt in einem Leitartikel zu der Mitteilung des deutschen Ministers des Aeußern, daß die Alliierten das Einrücken deutscher Truppen in das Ruhrbecken nur unter der Bedingung gestatten wollten, daß die Alliierten Frankfurt, Hamburg, Darmstadt und Duisburg besetzen. Wiederum erhält das britische Parlament durch eine an eine ausländische Körperschaft gemachte Mitteilung wichtige Informationen, die ihm die britischen Minister absichtlich vorenthalten. Das Blatt schließt aus dem Charakter der Rede Müllers und aus der Tatsache, daß er in der Lage war, sie zu halten, daß die Lage in Deutschland beträchtlich besser aussieht, als in der Vorwoche.

Fort mit der Zwangswirtschaft

Ueber die Gefahren, die der deutschen Volkswirtschaft wie dem gesamten deutschen Staatsleben durch die Beibehaltung der Zwangswirtschaft drohen, äußert sich in einem beachtenswerten Artikel im roten „Tag" der Württ. Geheime Rat Edler von Braun. Da der Verfasser als früherer Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt aus seiner amtlichen Tätigkeit eine genaue Kenntnis der schädlichen Gesamtwirkung der Zwangswirtschaft besitzt, lassen wir seine Ausführungen hier im Wortlaut folgen.

Der Sturm ist wieder einmal abgeschlagen, die Fanatiker der Zwangswirtschaft haben auf der ganzen Linie gesiegt. Daß dieser Sieg eine verlorene Schlacht für das deutsche Volk ist, was verschlägt es, wenn nur das Prinzip gerettet ist. Ich hatte schon in meinem „Hilferuf", der vor sechs Wochen die Runde durch einen großen Teil der deutschen Presse gemacht hat, den Versuch als hoffnungslos bezeichnet, diese Regierung zu bekehren, und deshalb vorgeschlagen, durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Stadt und Land diese Lebensfrage Deutschlands unbeirrt durch vorgefaßte Meinungen und politische Schlagwörter nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu lösen. Dieser Vorschlag hat von allen Seiten freudige Aufnahme gefunden, und der Deutsche Städtetag ist bereitwillig auf die Anregung eingegangen, die Verhandlungen mit dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft aufzunehmen.

Aber drei Tage, bevor der aus beiden Körperschaften gebildete Ausschuß zur Beschlußfassung über die gemeinsam ausgearbeiteten Entwürfe zusammentreten sollte, hat sich die Regierung durch den Wirtschaftsrat ein neues Bollwerk um die bedrohte Zwangswirtschaft bauen lassen. Denn der Beschluß des Wirtschaftsrates lautete: Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auch für das kommende Erntejahr auf allen Gebieten. Die Schlußbemerkung der offiziösen Verlautbarung, daß man nach anderen Formen suchen werde, ist nur eine von der Geschäftsleitung vorgenommene Abschwächung, um den Beschluß nicht gar zu schroff erscheinen zu lassen.

Die Wirkungen eines derartigen Beschlusses, der gleichzeitig eine Festlegung des Kabinetts auf diesen Grundsatz bezweckte, auf die mit dem Städtetag eingeleiteten Verhandlungen, waren sorgsam vorbedacht. Denn es war anzunehmen, daß die Städte sich des Schutzes der Zwangswirtschaft nur begeben würden, wen sie erwarten durften, für ein anderes Verfahren den Segen der Regierung zu erhalten. Wenn ihnen aber schon vor Eintritt in die Verhandlungen in bindender Form gesagt wurde, die Regierung hält unter allen Umständen an der Zwangswirtschaft fest, so schienen diese von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Vom Standpunkt der Regie war also das Vorgehen der Regierung geschickt und wirkungsvoll. Und vom Standpunkt der Volksernährung? ... Erfreulicherweise haben die Verhandlungen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft mit dem Deutschen Städtetag durch den Vorstoß der Regierung nicht Schaden gelitten, sondern lassen eine für beide Teile annehmbare Verständigung erhoffen.

Die Vertretung der Landwirtschaft hat bei den Verhandlungen mit den Städten erklärt, daß sie sich beim Brotgetreide mit einer gemilderten Art der Zwangswirtschaft in Form einer Umlage, die den eigenen Bedarf des landwirtschaftlichen Betriebes unter allen Umständen freiläßt, noch abfinden würde, aber für Kartoffeln und Vieh den staatlichen Zwang unter allen Umständen ablehne. Dagegen sei sie bereit, durch den Abschluß von Anbau- oder Lieferungsverträgen den Notbedarf der Städte an Kartoffeln sicherzustellen und die Fleischversorgung durch einen starken Ausbau der Schweinemastverträge in geordnete Bahnen zu lenken. Aber gerade die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft bei Kartoffeln wird von sozialdemokratischer Seite aufs leidenschaftlichste gefordert und alle dagegen vorgebrachten Vernunftgründe prallen an dieser Mauer wirkungslos ab. Freilich hört man gelegentlich auch andere Stimmen. Der sozialdemokratische Parteisekretär und Landwirtschaftsminister Braun hat vor kurzem in der Preußischen Landesversammlung anerkannt, daß die Zwangswirtschaft produktionshemmend wirke und daß uns die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes zum Abgrund führen müsse. Und Erwin Barth hat im „Vorwärts" vor vier Wochen ganz im gleichen Sinne geschrieben. Aber das sind nur Facetten, die das Licht in verschiedenen Farben spielen lassen. Wenn es zu Beschlußfassungen kommt, treten alle sozialdemokratischen Vertreter geschlossen für die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft ein.

Was hat uns die Zwangswirtschaft bei Kartoffeln in diesem Jahr genutzt? Ich will voll in Rechnung stellen, daß sie durch den ungünstigen Ausfall der Ernte, durch den frühen Eintritt des Frostes und durch Verkehrsschwierigkeiten erheblich gehemmt war. Aber auch bei Berücksichtigung aller dieser Umstände ist das Ergebnis doch geradezu niederschmetternd. Noch nicht 2 Millionen Tonnen sind durch Umlagen der Reichskartoffelstelle in die Bedarfskommunalbezirke gebracht worden, und wenn sich die Bevölkerung nicht selbst versorgt hätte, wären in den Städten längst Hungerrevolten ausgebrochen. Aber unter welchen Erschwernissen, Kosten und Zeitaufwand hat sie sich versorgen müssen! In

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004021-14/fragment/page=0001

Jedem Eisenbahnzug sieht man zu Hunderten Männer und Frauen in Kisten und Säcken Zentnerlasten von Kartoffeln schleppen, die sie zu Schleichhandelspreisen bei den Bauern gekauft haben. Und zu diesen Preisen kommen die teuren Fahrpreise und der Entgang an Arbeitsverdienst für Tage. Und überdies schwebt das Damoklesschwert der Beschlagnahme und Bestrafung mit Gefängnis oder Geldstrafe über ihnen. Man kann sicher ohne Uebertreibung sagen, daß das Vier- bis Fünffache dessen, was von der Zwangswirtschaft geliefert wird — in den meisten Städten sind es nur 1 bis 2 Pfund für die Woche — auf solche Weise in die Städte gebracht worden ist. Kann man im Ernst wünschen, daß dieser entwürdigende Zustand, dieser Irrsinn, noch ein Jahr aufrechterhalten wird? Man könnte sich ja damit abfinden, wenn die Vertreter der Konsumenten diesen Zustand als wünschenswert bezeichnen, daß die Städter weiter unter dieser Last seufzen wollen. Aber die viel schlimmere Seite ist doch, daß der Zustand sich immer weiter verschlechtern muß, weil er zwangläufig zu einem Rückgang der Produktion führt und weil er andererseits einen Mehrverbrauch verursacht, der schon in diesem Jahre zu den schlimmsten Versorgungsstockungen führen wird.

Das sind keine leeren Weissagungen, man braucht sich nur die Zahlen der Anbaustatistik anzusehen, die in dem Fall leider nicht trügen, sondern ein ganz durchsichtiges Bild bieten.

Nach der Anbau- und Erntestatistik des Jahres 1919, die eben erst erschienen ist, ist die Brotgetreideanbaufläche gegenüber

dem Jahre 1913 um	1,3	Millionen Hektar,
die für Kartoffeln um	660 000	Hektar,
die für Zuckerrüben um	120 000	Hektar

zurückgegangen.

Dagegen haben im gleichen Zeitraum zugenommen die Flächen

der Wiesen um	730 000	Hektar,
des Kleebaues um	330 000	Hektar,
des Futterbaues um	280 000	Hektar.

Bei diesem Vergleich sind die von Deutschland abgetrennten Flächen schon für das Jahr 1913 abgezogen.

Stellt man die Zahlen gegenüber, so ergibt sich, daß rund 700 000 Hektar überhaupt verschwunden sind; sie mögen auf die zu hohen Angaben der Vorkriegszeit und die zu niedrigen des Jahres 1919 zu buchen sein. Aber selbst wenn man beim Vergleich der Zahlen unter Berücksichtigung der verschiedenen Erhebungsart alle Vorsicht walten läßt, ergibt sich daraus doch mit Sicherheit, daß der Anbau der Pflanzen, die unter Zwangswirtschaft stehen, abnimmt, der der freien dafür zu. Das kann auch nicht wundernehmen. Der Landwirt baut an, was lohnt und womit er frei schalten und walten kann. Wenn er beim Wiesen- oder Kleebau auf dem Hektar (nach dem Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913) 84 Ztr. Heu ernten kann, die ihm heute 4200 bis 5000 Mark einbringen, warum soll er dann bei viel höherem Arbeits- und Kostenaufwand Kartoffeln über den eigenen Bedarf bauen, die unter Zwangswirtschaft stehen und für die er bei einem durchschnittlichen Ertrag von 240 Zentner höchstens 2880 Mark erlöst, oder Roggen, der bei einer Durchschnittsernte von 32 Zentner Körner den Hektar bei Einrechnung aller Prämien höchstens mit 1120 Mark für die Körner und mit 1600 Mark für Stroh lohnt?

Man braucht sich nur die wenigen auch dem Städter einleuchtenden Zahlen vorzuhalten, um sich den ganzen Irrsinn unserer jetzigen Zwangsregelung klarzumachen. Sie führt mit Gewalt zum extensiven Betrieb und zu einem immer stärker werdenden Rückgang des Getreide- und Kartoffelbaus, das heißt zu unserer Vernichtung.

Die Regierung glaubt diesem Rückgang durch die Festsetzung von Mindestpreisen für Getreide und Kartoffeln steuern zu können und erwartet, daß das von der Landwirtschaft als Entgegenkommen anerkannt wird. Es wird gern zugegeben werden, daß in diesem Entschluß ein wesentlicher Fortschritt liege, weil damit anerkannt wird, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Produktionskosten zuzüglich eines angemessenen Gewinnes entsprechen müssen. Aber bei der Unmöglichkeit, den Rückgang der Kaufkraft unserer Währung auf Monate hinaus zu übersehen, ist das Mittel jetzt leider wirkungslos. Wer die Entwicklung der letzten sechs Monate verfolgt hat, wird sich sagen müssen, daß der Wert der Papiermark bei gleichem Rückgang zur Zeit der Ernte nur noch den 50. oder 100. Teil des Friedenswertes darstellen wird. Was soll unter diesen Verhältnissen für ein Produktionsanreiz darin liegen, wenn dem Landwirt heute gesagt wird, du bekommst in sechs Monaten für den Zentner Roggen mindestens 45 Mark, die dann vielleicht nur mehr die Kaufkraft von 45 Pfg. haben? Unsere Papierwährung hat eben ihre Eigenschaft als Wertmesser verloren und muß durch etwas anderes ersetzt werden. Ich habe schon früher den Vorschlag gemacht, die Goldwährung wieder einzuführen, sei es auch nur zum Zwecke der Verrechnung im Inland, um einen durch den Valutasturz unbeeinflußten Gradmesser für Tauschwerte zu erhalten. Von anderer Seite ist vorgeschlagen, den Preis der Kohle, oder, um Zufälligkeiten auszuschalten, das Mittel der Preise von Kohlen, Eisen, Webstoffen und künstlichen Düngemitteln als Indexziffer für den Preis landwirtschaftlicher Erzeugnisse — und logischerweise dann auch für Löhne und Gehälter — festzusetzen, so daß ein jetzt normierter Mindestpreis für Kartoffeln von 25 Mark sich gleichmäßig mit dem Steigen des Preises der genannten industriellen Erzeugnisse erhöhen würde.

Aber auch das sind gekünstelte Maßregeln, die dem Verständnis des Landwirtes fern liegen und uns dem Ziele nicht näher bringen, das wir erreichen müssen, wenn wir nicht rettungslos dem Abgrund entgegengehen wollen: eine sofortige entschiedene Steigerung des Kartoffelbaues, die nur noch in den nächsten Wochen möglich ist. Aber diese läßt sich nur erreichen, wenn sofort die Aufhebung der Zwangswirtschaft verkündet wird. Das allein wird der Landwirtschaft wieder Mut und Schaffensfreudigkeit und den alten Drang nach Steigerung der Produktion geben, der uns im Frieden so hoch gebracht hat. Denn Deutschland hatte vor dem Kriege die stärkste Kartoffelproduktion der ganzen Welt, und wenn wir die wieder erreichen, können wir uns zwar nur kärglich ernähren, brauchen aber nicht zu verhungern.

Man hat mir von verschiedenen Seiten den Vorwurf gemacht, ich male das Hungergespenst an die Wand, um damit Vorteile für die Landwirtschaft zu erreichen. Ich habe meine Warnrufe niemals vom Standpunkt landwirtschaftlicher Interessenvertretung ergehen lassen, sondern mir hat immer nur die Sorge um die Volksernährung die Feder in die Hand gedrückt, der mein Wirken seit fünf Jahren gewidmet war und auch jetzt noch gilt — man legt solche Sorgen nicht ab wie einen alten Rock, auch wenn man amtlich verabschiedet ist. Und was ich in dem „Hilferuf" an Befürchtungen aussprach, hat sich leider bis zum letzten bewahrheitet.

Aber damit auch der Laie den Ernst unserer Lage begreift, will ich nur zwei statistische Zahlen anführen. Wir haben vor dem Krieg den Nahrungsmittelbedarf für ein Fünftel der Bevölkerung teils direkt, teils indirekt in Form von Futtermitteln durch Einfuhr gedeckt; das heißt 13½ Millionen Deutscher konnten vor dem Krieg nicht aus der eigenen Erzeugung der deutschen Scholle ernährt werden. Und zweitens: Die Gebiete, die wir im Osten an Polen abtreten mußten, haben nach genauen statistischen Ermittlungen im Frieden den Nahrungsmittelbedarf für 6½ Millionen Menschen mehr erzeugt, als in ihnen wohnen. Da wir die Nahrungs- und Futtermitteleinfuhr wie vor dem Krieg nicht mehr bezahlen können, und da uns die Mehrerzeugung der Ostgebiete verloren ist, fehlt uns die Nahrungsmittelbedeckung für 20 Millionen Menschen, selbst wenn wir unsere landwirtschaftliche Erzeugung wieder auf die Höhe wie vor dem Krieg bringen.

In dieser Lage kann es nur eine Losung geben: Beseitigung aller Schranken, die die landwirtschaftliche Produktion hindern, Bereitstellung aller Hilfsstoffe und Arbeitskräfte, deren die Landwirtschaft zum intensivsten Betrieb bedarf. Diese beiden Probleme sind die wichtigsten Aufgaben für die deutsche Politik, alles andere ist Nebensache, denn wenn es nicht gelingt, sie zu lösen, wird all unser Streben in einem Sumpf von Hunger und Elend versinken.

Wir stehen am Scheidewege unseres Geschicks. Noch ist es möglich, die Erzeugung dieses Erntejahres entscheidend zu beeinflussen, aber in wenigen Wochen ist es zu spät. Ich habe volles Verständnis, daß der Regierung und daß den Konsumenten der Entschluß schwer fällt, den Strohhalm der Zwangswirtschaft, an den sie sich aus Angst vor dem Ertrinken klammern, fahren zu lassen. Denn der Uebergang in die freie Wirtschaft wird nicht ohne schwere Störungen und Erschütterungen zu gewinnen sein. Aber Deutschland befindet sich in der Lage eines Schiffes, das leck und seiner Masten beraubt vor schweren Brandungswogen treibt. Jenseits liegt das rettende Land. Wir müssen durch die Brandung durch, wenn wir nicht den sicheren Untergang erleiden wollen.

Tirols Anschlußpläne

Wien, 1. April.

Eine Abordnung des Landesamtes und der Landesregierung Tirols unterbreitete gestern dem Staatskanzler Renner die Resolutionen des Landestages, in denen zur Ueberwindung des Ernährungsnotstandes dringendst der wirtschaftliche Anschluß Tirols an das Deutsche Reich gefordert wird. Staatskanzler Renner erklärte, auch in den übrigen Ländern zeigten sich die gleichen ernsten Schwierigkeiten. Zurzeit aber sei die Regierung an den Saint-Germainer Frieden gebunden. Die gegenwärtige Bewegung auf Revision des Friedens von Saint Germain sei völlig aussichtslos. Ebenso ausgeschlossen erscheine es ihm, daß dieser Frieden oder einzelne durch ihn aufgerichtete Schranken durch einen Teil der Republik auf eigene Faust durchbrochen werden könnten. Andererseits würde das Deutsche Reich durch unzeitgemäße Kundgebungen dieser Art nur in Verlegenheit gebracht, und seine Politik werde Mißdeutungen ausgesetzt, welche der Stellung jenseits und diesseits der Grenze nur schaden könnten. Der Kanzler müsse daher die ernste Mahnung an alle Bürger der Republik richten, die Lage Oesterreichs wie des Deutschen Reiches durch eigenmächtige vorschnelle Abmachungen nicht noch mehr zu erschweren, zumal keinesfalls aus Sonderbewegungen irgend ein Nutzen erwachsen könne. Der einzige zum Ziele führende Weg sei, daß Deutschösterreich sich an den Völkerbund wende, um dem Lande und dem Volke eine wirklich lebensfähige Staatlichkeit zu sichern. Gegenüber der Erklärung der Abordnung, ihre Forderungen unmittelbar den Vertretern der Mächte zu unterbreiten, erklärte der Staatskanzler, er könne sie daran nicht hindern, aber bei seiner Kenntnis der internationalen Lage dazu auch nicht ermutigen. Er werde die Beschlüsse des Landestages der Pariser Botschafterkonferenz unterbreiten. Um den Auftraggebern und der öffentlichen Meinung des Landes zu genügen, hat die Abordnung bei den fremden Missionen wegen eines Empfanges angefragt, ohne bisher eine Antwort empfangen zu haben.

Hollands Angebot angenommen?

Paris, 1. April.

Havas verbreitet eine Nachricht der „Daily Mail" aus Amsterdam, nach der die alliierten Regierungen die letzte Note Hollands über den Aufenthalt Kaiser Wilhelms angenommen hätten. Holland übernehme die Verantwortung, zu verhindern, daß Kaiser Wilhelm eine Bedrohung für die Sicherheit Europas werde. Als Aufenthaltsort werde dem Kaiser der von ihm erworbene Besitz in Doorn gestattet.

Bolschewistische Propaganda in Amerika

Haag, 1. April.

Wie „Nieuwe Courant" aus Washington meldet hat das amerikanische Staatsdepartement revolutionäre Dokumente veröffentlicht, die einem bolschewistischen Kurier abgenommen wurden. Darin werde zum bewaffneten Aufstand in den Vereinigten Staaten, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zur Bildung von geheimen Werbeorganisationen aufgefordert.

Millerand über den Bolschewismus

Paris, 31. März.

In der Senatssitzung am Montag beantwortete Ministerpräsident Millerand eine Anfrage über die bolschewistische Propaganda in Frankreich und erklärte kategorisch, daß er nicht gestatten werde, daß die Gewerkschaften aus ihrer rein beruflichen Rolle heraustreten. Er werde auch nicht dulden, daß sich die Staatsbeamten den Gewerkschaften anschließen. Man müsse den Arbeiterelementen Unterstützung zuteil werden lassen, aber auch Sicherheitsmaßnahmen treffen gegen die Epidemien, die an der französischen Grenze ausgebrochen seien. Er rechnet auf den gesunden Sinn des französischen Volkes, denn das Ideal der Republik könne nur in der Ordnung erreicht werden. In einem Vertrauensvotum wurde schließlich zum Ausdruck gebracht, daß das gewerkschaftliche Recht auf dem beruflichen Gebiet gegen jedes politische Unternehmen gerettet werden müsse. Die Disziplin im öffentlichen Dienst müsse erhalten bleiben.

Angliederung Lippe-Detmolds an Preußen. Das Landespräsidium in Detmold hat beschlossen, an das preußische Ministerium wegen der Einleitung von Verhandlungen über die Möglichkeit der politischen Angliederung Lippes an preußische Gebietsteile herantreten.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

4) Von Max Treu-Halle.

Dadurch blieb natürlich mancher schöne Gulden hier bei uns hängen, und der eine oder der andere unserer Einwohner, wie etwa der Meister Schmied, der alle Pferde vor der anstrengenden Bergfahrt frisch beschlagen und auch so manchen Radreifen frisch nageln mußte, war mit seinem Verdienst zum größten Teile auf die fremden Fuhrwerke angewiesen. Darüber konnte aber nun kein Zweifel bestehen, daß, wenn man die Schänke eingehen ließ, die durchpassierenden Fuhrleute sich einen anderen Rastort suchen würden, da dann weder für sie noch für ihre Pferde hier ein Obdach gewesen wäre. Pfarrer Mathias meinte zwar, daß wir daran nicht zu viel verlieren würden, da ja die Straße selbst doch auch fernerhin durch unser Dorf führe und dieses immer das letzte vor dem Gebirge sei, es würde daher hier nach wie vor so manches gekauft werden, was für die Fuhrwerke beim Gebirgsübergang vonnöten wäre.

Aber er blieb mit seiner Ansicht vereinzelt. Die Bauern fürchteten von dem Eingehen der Schänkwirtschaft schwere Verluste, wollten auch, wie gesagt, von der alten Sitte, dort einen Krug Bier oder ein Glas Wein zu trinken, nicht lassen, und so bewarb man den Schankbetrieb, da kein Einheimischer Zeit und Neigung zur Uebernahme hatte, einem Fremden. Kaspar Frohder hieß er, stammte aus Preußisch-Schlesien und hatte lange Jahre draußen in Temesvar gelebt. Der war bereit, die Schänke nebst den dazugehörigen Grundstücken, die ihm Mann tüchtig nährten, zu kaufen und den Kaufpreis den Anwesbesitzern, nach Kreisen, aber auch schon mutterlosen Erben des letzten Schänkwirts zum größten Teil sofort bar auszuzahlen. Und als man einmal der Beschluß gefaßt war, die Schänke weiter bestehen zu lassen, hatte man einen Käufer gegenüber, der Deutscher war, fast alles sofort bar bezahlen wollte und somit seiner Sache Eindruck machte, nicht lange Zeitlang und ihm im Dorfe [illegible]

So saß nun der Kaspar mitten im Speck und freute sich des guten Geschäfts, das er gemacht hatte. Denn ein solches war es, und der Kaspar verstand seine Sache, das heißt, mit den Leuten umzugehen, aus dem Fundament. Er hielt Haus, Hof und Wirtschaft in gutem Stand, zahlte pünktlich seine Abgaben und erwies sich in allen Gemeindeangelegenheiten als ein kluger, gewandter und anstelliger Kopf.

Freilich, das hatte man bald herausgehabt: mit seinem Deutschtum war es nicht weit her, und um einen Deutschen würde er sich nicht ein einziges Haar haben ausreißen lassen. Ihm war offenbar das alte Wort: Ubi bene, ibi patria, der oberste Grundsatz, und demzufolge, der ihm irgend einen Nutzen brachte, redete er bereitwillig nach dem Munde; er war der gute Freund sämtlicher Deutschen innerhalb und außerhalb des Dorfes, und er war der ebenso gute Freund sämtlicher Ungarn, Ruthenen, Polen, Czechen, Slowaken und Tolpatschen, die seinen selbstgewachsenen Wein und sein selbstgebrautes Bier tranken und den feisten Schinken seiner fetten Schweine alle Ehre antaten.

Machte man ihm Vorhalte, daß er doch gar zu wenig auf sein Deutschtum halte, so entgegnete er: „Was wollt ihr? Soll ich den Ungar „verfluchter Ungar!" und den Slowaken „lausiger Slowak" nennen? Das geht wider meine Geschäftsehre! Mein Geschäft verlangt, daß ich mit allen gut Freund bin, ich darf den einen nicht um des andern willen vernachlässigen oder kränken, sonst würde mir mit gleicher Münze heimgezahlt, und ich dürfte bald nach dem Bettelstab greifen können."

So ganz unrecht konnte man ihm nicht geben, wenn man auch fortfuhr, es zu mißbilligen, wenn er im Verkehr mit den andern zu viel des Guten tat. Man tröstete sich damit, daß er ja der Gemeinde sonst keinen Schaden bringen könne; denn man hatte ihn beim Kaufe des Grundstücks sich schriftlich verpflichten lassen, daß, wenn er etwa sein Anwesen verkaufen wolle, er nur an einen solchen Verkäufer verkaufen dürfe, welcher der Gemeinde genehm sei, und den er daher vorher dem Ortsvorsteher namhaft machen müsse.

Mit dieser Klausel glaubte man sich nach jeder Richtung hin gesichert und vor allem Rasiorae gewahrt zu haben, daß sich in unserer Mitte kein fremdes Volk einnisten könne. Ach, man hatte die Rechnung ohne den Advokaten und den Stuhlrichter gemacht, und ohne sich die einfache Frage vorzulegen, was denn eigentlich werden und wie die Dinge sich gestalten sollten, wenn es dem Wirte eines Tages einfiele, jene Klausel zu mißachten und ohne alle Rücksicht auf sie sein Anwesen dem ersten besten zu verkaufen, der ihm ein gutes Angebot machte.

Dieser Fall war nun eingetreten. Ein Pole, namens Radnicki, war zu Kaspar Frohder gekommen und hatte gefragt, ob er die Wirtschaft nicht an ihn, den Radnicki, verkaufen wolle. Der Kaspar sei doch auch schon ein bejahrtes Männlein, sei dick und behäbig geworden wie seine Ehehälfte, und einen Sohn, der etwa die Wirtschaft übernehmen könne, habe er nicht; ob aber seine Töchter einen tüchtigen Wirt zum Manne bekommen, wisse man nicht, und bis das einmal geschähe, darüber könne noch viel Wasser die Theiß und die Maros hinablaufen. Ein gutes Stück Geld, daß ihm der Verkauf nicht reuen sollte, wolle er, der Johann Radnicki, dem Kaspar Frohder gewiß bieten.

Solche Rede hatte dem Kaspar gar lieblich geklungen. In der Tat, wenn er so an sich herabsah, so sah er ein Bäuchlein von stattlichem Umfang, das ihm das Gehen schwer machte; unter den Augen hingen ihm dicke Säcke, auf dem Haupte leuchtete eine sonnige Glatze, und wenn er in den Keller hinabsteigen mußte, was gar oft der Fall war, so stach ihn das Zipperlein in den Beinen und Hüften. Zum Leben hatte er ja genug zurückgelegt, und der Preis, den der Pole bot, war ein überaus erklecklicher.

Ja, ja, hatte er gesagt, verkaufen möchte er schon; er sei in die Jahre gekommen, wo man einem solchen Geschäft, bei dem immer gesprungen und gelaufen werden müsse, nicht mehr so recht vorstehen könne. Und der Kaufpreis gefiele ihm auch — —

Schön, hatte der Pole erwidert, und ihm gefiele die Wirtschaft; da seien sie also handelseins, und morgen wolle er wiederkommen, eine tüchtige Geldkatze umgeschnallt, und dann könnten sie das Geschäft ins reine bringen und Brief und Siegel anfertigen lassen. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004021-14/fragment/page=0002

Der Wirrwarr im Ruhrgebiet

(Von unserem hi.-Sonderberichterstatter.)

Bochum, 1. April.

Nachdem heute der Arbeiterrat die Aufhebung des Generalstreiks proklamiert hatte, wurde von Bewaffneten, die in Autos die Straße durchfuhren, von neuem zu den Waffen gerufen. Die Führer der Arbeiter seien in Münster festgehalten worden. Ob es sich bei der Aufforderung um Putschversuche wilder Truppen handelt, läßt sich nicht feststellen.

Elberfeld, 1. April.

Wilde Abteilungen der Roten Truppen haben in der vergangenen Nacht das Rathaus besetzt. Die Mitglieder des aus den drei sozialistischen Parteien zusammengesetzten Aktionsausschusses sind verhaftet worden.

Barmen, 1. April.

Der Aktionsausschuß hat heute morgen die Arbeiter aufgefordert, mit Rücksicht auf das im Sinne der Arbeiter nicht günstige Ergebnis der Verhandlungen in Münster den Generalstreik abzubrechen und in die Betriebe zurückzukehren. Die Waffenabgabe ist in vollem Gange. Anstelle der Roten Armee wird in Barmen eine aus Mitgliedern der drei sozialistischen Parteien zusammengesetzten Arbeiterwehr in Stärke von 480 Mann gebildet.

Düsseldorf, 1. April.

Die Beschlußfassung der heute vormittag nach der Fonhalle einberufenen Funktionärs der drei sozialistischen Parteien und der Betriebsräte über den Generalstreik und der Bericht der nach Münster entsandten Abordnung über die dortigen Verhandlungen wurden durch einen Trupp Bewaffneter von der roten Kampftrupp verhindert. Ein kommunistischer Führer teilte mit, daß der bisherige Düsseldorfer Vollzugsrat abgesetzt worden sei.

Essen, 1. April.

Der Eisenbahnverkehr, der in Essen und Umgebung immer noch ruht, hat eine für den Verkehr im ganzen Industriegebiet erhebliche Störung erlitten durch die Sprengung einer Brücke in der Umgebung von Hamm, wodurch die Hauptfeisenbahnstrecke nach Hamm gesperrt ist.

Rückzug der Roten Armee

Buer, 1. April.

Wie die „Buersche Zeitung" meldet, drangen die Regierungstruppen heute vormittag von Dorsten weiter vor. Nördlich von Marl und nördlich von Buer in der Gegend von Altfotten kamen sie mit den Roten Gardisten in Plänkeleien. Die Linie der Roten Armee wurde zurückgedrängt, worauf eine panikartige Flucht auf dem ganzen Abschnitt der Roten Armee einsetzte. Die Roten Gardisten, die gerade beim Abkochen des Mittagessens waren, ließen Waffen und Ausrüstung im Stich und flüchteten in voller Auflösung in Richtung auf Recklinghausen. Die Kreisstraße Marl—Recklinghausen konnte den Strom der wie ein aufgelöster Ameisenhaufen laufenden Roten Gardisten nicht fassen. Bemerkenswert ist, daß sich die Roten Gardisten nicht nach Süden auf der großen Straße nach Buer zurückziehen, sondern allein über die Kreisstraße nach Polsum ergiehen. Es scheint Befehl zu sein, sich im Falle eines Rückzuges unter keinen Umständen nach Süden zu bewegen. Die Regierungstruppen hatten ja schon seit einigen Tagen den Dorstener Brückenkopf südlich der Lippe besetzt; wäre also die Rote Armee nach Süden abgezogen, so hätte sie sich in die Gefahr einer völligen Umzingelung begeben.

Neue Raubzüge des Kommunisten Hölz

30 000 Mark Belohnung auf die Ergreifung von Hölz.

Chemnitz, 1. April.

Der Falkensteiner Kommunistenführer Hölz stattete heute vormittag mit einer etwa 40 Mann starken Leitzwache Chemnitz einen Besuch ab. Die Leute waren mit Revolvern und Handgranaten bewaffnet und kamen mit dem Reichenbacher Personenzug hier an. Auf dem Bahnhof trat ihnen ein Schutzmannsaufgebot entgegen, und es kam zu einem kurzen Handgemenge. Die Falkensteiner nahmen dann ihren Weg die Eisenbahngeleise entlang nach Ebersdorf, wo sie, wie es heißt, die dort befindlichen russischen Kriegsgefangenen befreien wollten. Seitens der hiesigen militärischen Stellen sind Maßnahmen zur Vereitelung der Hölzschen Pläne getroffen.

Plauen, 1. April.

In der vergangenen Nacht versuchten Einbrecher, in die Villa Röchel einzudringen. Der sofort telephonisch herbeigerufenen Polizei, die in Autos eintraf, gelang es, die bewaffnete Bande zu verjagen und zwei Mann zu verhaften.

Dem Bürgermeister von Oelsnitz ist durch den Vollzugsausschuß eröffnet worden, daß er sich als abgesetzt zu betrachten habe. Als sein Stellvertreter ist der Konsumvereinsangestellte Kübler bestimmt worden.

Dresden, 1. April.

Die für die Ermittelung und Ergreifung des Technikers Max Hölz in Falkenstein ausgesetzte Geldbelohnung ist von der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts auf 30 000 Mark erhöht worden.

*

Wirtschaftliche Hilfe für Deutschland

Amsterdam, 1. April.

Laut „Telegraaf" meldet „Observer", daß Arthur Henderson in einer Unterredung erklärt habe, die Verhältnisse in Deutschland bewiesen, daß die einzig richtige Politik gegenüber Deutschland diejenige sei, welche von der britischen Arbeiterpartei wiederholt gefordert worden sei. Die Verzweiflung inmitten der drohenden Hungersnot und das aus der Niederlage Deutschlands entstandene Elend seien die Ursache zu dem Schwanken zwischen der äußeren Reaktion und den radikalsten Revolutionsversuchen. Europa könne sich ohne Wiederherstellung Deutschlands nicht erholen. Daher müsse Deutschlands Wirtschaftsleben wiederhergestellt werden. Die Staatsmänner Europas müßten unverzüglich Schritte tun, damit die deutsche Industrie wieder in Gang gebracht werde.

Das Schicksal Konstantinopels

Rotterdam, 1. April.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" heißt es in der Note der Vereinigten Staaten: Die Beweisgründe, die gegen das Verbleiben der Türken in Konstantinopel sprechen, umfassen gebieterische Elemente, die unmöglich übersehen werden können. Der internationale Rat, der ins Leben gerufen werden soll, um Konstantinopel und die Meerenge zu verwalten, kann nur dann dauernden Charakter haben, wenn die Lebensinteressen Rußlands, sofern es eine Regierung erhalten hat, die von der zivilisierten Welt anerkannt werden kann, berücksichtigt werden. Auch in der Frage der Durchfuhr durch die Meerengen und ihrer Verwaltung in Kriegszeiten sollten ohne die Zustimmung Rußlands keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden. Es erscheint billig, daß der Teil West-Thraziens, der außerhalb der für Konstantinopel reservierten Zone liegt, mit Ausnahme des nördlichen Teiles der Provinz an Griechenland kommt. Da die Bevölkerung des nördlichen Teiles bulgarisch ist, so fordert Recht und Gerechtigkeit, daß die Städte Adrianopel und Kirkilisse mit den umliegenden Gebieten an Bulgarien kommen. Der Anspruch Bulgariens auf diese Gebiete muß jedoch hauptsächlich deshalb in günstige Erwägung gezogen werden, weil Bulgarien gezwungen wird, rein bulgarisches Gebiet an seiner Westgrenze an Serbien abzutreten, damit dieses Land eine günstige strategische Grenze erhält. Wilson fordert außerdem die liberalste Behandlung Armeniens durch die zivilisierte Welt. Die Grenze Armeniens müsse so gezogen werden, daß alle gerechten Ansprüche des armenischen Volkes erfüllt werden. Da ein Zugang zur See für den Bestand Armeniens unerläßlich sei, so sieht der Präsident die Zuweisung des Hafens von Trapezunt an Armenien vor. Mit bezug auf die Abtretung der Rechte der Türkei in Mesopotamien, Arabien, Palästina, Syrien und dem Inselgebiet schlagen die Vereinigten Staaten die Befolgung der Methode, die auch bei Oesterreich angewendet worden ist, vor: Die Türkei muß diese Provinzen den Großmächten aushändigen und diese sollen deren Schicksal beschließen. Die Note fährt fort: Was die Abmachungen bezüglich Smyrnas anbelangt, so ist die amerikanische Regierung nicht in der Lage, darüber eine Meinung auszusprechen, da diese Frage zu umfangreich ist, als daß die amerikanische Regierung bei dem geringen Material, über das sie verfügt, sich ein genaues Urteil darüber bilden kann. Die amerikanische Regierung vertraut darauf, daß das türkische Problem mit Ehrlichkeit und unter peinlicher Rücksicht auf die Handelsinteressen der Sieger, der Besiegten und der Neutralen behandelt werde.

Washington, 1. April.

Die Antwort Amerikas auf die Note der Alliierten bezüglich des Standpunktes der Vereinigten Staaten zu den türkischen Friedensverhandlungen wird durch den nachdrücklichen Ausdruck der Ansicht Wilsons gekennzeichnet, daß die oft geäußerte Absicht der Alliierten, der Anomalie der Türken in Europa ein Ende zu bereiten, bei dem Entwurf des Friedensvertrages mit der Türkei zur Durchführung gebracht werden müsse. Die Note erklärt, es erscheine unter den augenblicklichen Umständen nicht ratsam, daß die Vereinigten Staaten auf der Konferenz vertreten seien. Da sie jedoch an der Zukunft des Weltfriedens wesentlich interessiert seien, müßten sie ihre Ansicht über die beabsichtigte Lösung der schwierigen Frage in Zusammenhang mit dem türkischen Friedensvertrage offen zum Ausdruck bringen.

Der Aufruhr in der Türkei

Amsterdam, 1. April.

Die „Times" berichtet aus Damaskus, daß am 31. März die Stadt Amtiepia (Antakje?) von einer Bande arabischer Freiwilliger angegriffen wurde. Nach einem blutigen Kampfe, bei dem die Franzosen 50 Tote verloren, besetzten die Araber die Stadt. Die Bande verließ nach einiger Zeit die Stadt, die augenblicklich ohne Regierung ist.

Athen, 1. April.

Die Regierung beschloß Maßregeln für die Besetzung von Adrianopel und Ostthrazien.

Der deutsch-russische Gefangenen-Austausch

Berlin, 1. April.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die durch die Ereignisse der letzten Zeit beeinträchtigten Verhandlungen mit dem Vertreter der Sowjetregierung über den gegenseitigen Gefangenenaustausch haben nunmehr zu folgendem Ergebnis geführt: Die Verhandlungen über das zu schließende Abkommen sind im wesentlichen beendet, und seine Ratifizierung steht unmittelbar bevor. Eine deutsch-russische Kommission reist dieser Tage nach Reval, um an Ort und Stelle mit der estnischen Regierung eine Vereinbarung über die sofortige Durchleitung der gegenseitigen Gefangenentransporte herbeizuführen. Mitte April wird ein Schiff mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken nach Reval zur Weiterleitung nach Moskau abgehen. Der zweite Transport mit deutschen Invaliden, Frauen und Kindern steht in Moskau abfahrtbereit. Er wird sofort nach erfolgtem Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Polen und Rußland über polnisches Gebiet geleitet. Desgleichen ein Gegenzug mit russischen Invaliden.

Friedensverhandlungen mit Rußland

Rotterdam, 1. April.

Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" drahtlos aus Moskau berichtet, hat die Sowjetregierung das Angebot Polens, in Friedensverhandlungen einzutreten, angenommen.

Einer Reuter-Meldung zufolge hat auch der lettländische Minister des Aeußern Tschitscherin drahtlos mitgeteilt, daß die Regierung bereit sei, zu verhandeln. Tschitscherin antwortete, er sei einverstanden, daß die Verhandlungen am 5. April beginnen.

Der Streik in Dänemark

Kopenhagen, 1. April.

Nach den Bäckern und Konditorgesellen, Sattlern, Tapezierern, Werkarbeitern und anderen Arbeitergruppen, die gestern bereits die Arbeit niedergelegt haben, stellen die Drucker der rechtsstehenden Zeitungen heute morgen die Arbeit ebenfalls ein. Von morgen ab werden nur noch radikale und sozialistische Zeitungen erscheinen. Die Postbediensteten, Telegraphen- und Telephonangestellten, Straßenbahner und Eisenbahner stellen morgen 12 Uhr nachts den Betrieb ein. Wie die Zeitung „Politiken" meldet, hat die Regierung die Einberufung neuer Truppen angeordnet. In Kopenhagen sind die Truppen mit scharfen Patronen versehen worden.

Prinz Joachim Albrecht aus der Schutzhaft entlassen.

Berlin, 1. April.

Vom Reichswehrgruppenkommando 1 wird mitgeteilt: Durch Entscheidung des Reichsmilitärgerichts ist die Schutzhaft über den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen aufgehoben und der Prinz aus der Schutzhaft entlassen worden. Der Oberbefehlshaber General von Seeckt hat daraufhin unter Zustimmung des Regierungskommissars dem Prinzen nach der Entlassung bis auf weiteres den Aufenthalt innerhalb Groß-Berlins verboten.

Wie steht's mit Erzberger?

Der Abgeordnete Garnich von der Deutschen Volkspartei hat folgende kleine Anfrage an die Preußische Staatsregierung gerichtet:

„Nach einer anscheinend amtlichen Mitteilung war die Untersuchung über die Richtigkeit der Steuererklärung des früheren Reichsfinanzministers Erzberger bereits vor einigen Wochen nahezu abgeschlossen. Ist die Preußische Staatsregierung in der Lage, nunmehr über das Ergebnis dieser Untersuchung Auskunft zu geben?"

Der Adel vom Hochstifte Merseburg

Aus der Familie d. Einsiedel genossen Präbenden des Stiftes: Graf Johann Georg Friedrich und Graf Karl Detloff. Der letztere war der Sohn des Grafen Detloff Karl und der Gräfin Sidonie Albertine b. Schönburg-Lichtenstein. Er war geboren zu Wolkenburg am 12. Oktober 1773, erbte von seinem Vater Mückenberg im Regierungsbezirk Merseburg und war Churfürstl. Kammerherr, Oberseuerrentmeister und Amtshauptmann. Sein ältester Bruder Graf Karl auf Wolkenburg war Domherr zu Meißen und Domherr und Kustos zu Naumburg, auch Senior und Kustos des Kollegiatstiftes Zeitz; sein jüngerer Bruder Graf Ferdinand war Domherr zu Havelberg, gestorben im Krieg am 23. Juni 1888 als Preuß. Oberberghauptmann, und sein jüngster Bruder Graf Adolf war Domherr zu Havelberg und starb als Oberst zu Lübben am 20. Juli 1821. — Die Familie gehört dem Meißnischen Uradel an und wird mit Heinrich 1285 von Guntherus de Einsiedeln 1299 als Zeuge urkundlich genannt. Das reichbegüterte Geschlecht war im Saalkreise zu Döllnitz und Radewell 1658 angesessen, auch in den Kreisen Bitterfeld, Eisleben, Querfurt, Mansfelder Seekreis war es begütert. Am 13. September 1745 erlangte der Kurfürstl. Hofmarschall Hans Adolf Graf auf Seidenberg und Wolkenburg die reichsgräfliche Würde. Wappen: (ein redendes) in Gold ein blau gekleideter Einsiedler mit weißem Bart und blauer Mütze. Helmzeichen: die Wappenfigur. Gg. S.

Am 12 Juni 1709 starb zu Dresden und wurde in der Sophienkirche beerdigt der Domherr zu Merseburg und Geheime Appellationsrat Jakob (v.) Born. Er war der Sohn des Domherren zu Naumburg, Oberhofgerichts-Assessors zu Leipzig Dr. Johann (v.) Born und der Anna Sophia Moser, geboren zu Leipzig am 24. Juli 1638. Er vermählte sich zum 1. Male am 9. Februar 1664 zu Halle mit Christiane Bez, Tochter des Rates zu Leipzig und Pfänners zu Halle, Franz Bez auf Kießlich, Pantiz und Dönitz und der Elisabeth Sacer aus Naumburg, und zum zweiten Male am 20. Oktober 1679 mit Joh. Marg. Winkler, jüngsten Tochter des Rates zu Leipzig Andreas Winkler auf Döltitz, Sturz und Starsiedel. Sein Wappen zeigt in schwarzem Felde einen goldenen Sparren, darauf ihm im Rauschzelt einen Löwen und in den Winkeln zur Seite des Sparrens je eine goldene Lilie. Sein Sohn aus der ersten Ehe des Vaters, Johann Franz (v.) Born, Direktor des Konsistoriums in Leipzig, war gleicher Weise wie sein Vater Domherr (auch Stiftsrat zu Merseburg). Er vermählte sich am 23. September 1695 mit Johanna Elisabeth Schwedendörfer, Tochter des Dr. Bartholtolemäus Leonhard Schw., Domdechanten zu Merseburg. Er starb zu Leipzig im Juni 1732 als Besitzer von Groitzsch, Wildenborn, Schönau und Sellershausen. In dem von Joseph II. am 24. März 1768 an den Bürgermeister zu Leipzig Jakob Heinrich (v.) Born und seine Schwester (vermählt an den Gr. Gottlob v. Beust) erneuerten Wappenbrief wird das Wappen dargestellt als gespalten, vorn ein blauer Sparren in silbernem Felde, oben eine rote Lilie, unten ein Strauß mit 3 Rosen, hinten ein Springbrunnen. Diese Leipziger Gelehrtenfamilie hat nichts zu tun mit dem alten märkischen Geschlecht der Kreuzwendelch von dem Borne, welches dem märkischen Uradel angehört und mit Haoldus de Burnem zuerst 1140 genannt wird. Wappen: in Blau ein mit 3 roten Rosen belegter silberner Schrägbalken. Gg. S.

— **Hochschulnachrichten.** Zum Präsidenten der neuerrichteten Behörde für das Gesundheitswesen in Hamburg wurde vom 1. April d. J. ab der Verwaltungsphysikus Prof. Dr. med. Ludwig Ernst Pfeiffer, und zum Verwaltungsdirektor Dr. med. Joh. H. Th. Naumann, bisher Verwaltungsdirektor des Allgemeinen Krankenhauses Eppendorf, berufen. — Wie wir erfahren, hat Prof. Dr. Karl Stählin in Leipzig den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Berlin als Nachfolger Schiemanns angenommen. — Wie wir hören, ist dem Privatdozenten an der Greifswalder Universität Prof. Dr. Hans Philipp ein Lehrauftrag für angewandte und regionale Geologie erteilt worden. — Der Assistenzarzt an der chirurgischen Klinik zu Göttingen, Dr. med. Ferdinand Feberschmidt ist vom 1. April 1920 ab zum etatsmäßigen Anstaltsarzt an der bayerischen Kreisbrennen- und Pflegeanstalt Frankenthal ernannt worden. — Der a. o. Professor an der Hamburgischen Universität, Dr. med. Max Nonne, wurde vom 1. Mai 1920 zum Oberarzt einer medizinischen Abteilung am Allgemeinen Krankenhause Eppendorf wiedergewählt und vom Senat bestätigt.

—s— **Uraufführung in Eisenach.** „Kleine Komödien" bilden das Sammelwerk der drei satirischen, sinnlonischen Gedichte „Der Meister", „Bianka" und „Der Sündenfall" des Leipziger Arztes Dr. Hellmut Unger, die bei ihrer Uraufführung am Eisenacher Stadttheater bei trefflicher Darstellung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Der Autor, dessen frühere dramatische Schöpfungen erfolgreich über viele Bühnen gingen, verfügt über einen feingeschliffenen, witzig pointierten Dialog, sprudelnde Erfindungskraft und starke satirische Aber. 1. „Der Meister" ist ein gefeierter, selbstüberzeugter, von Frauenliebe umgebener Schauspieler. Der Liebhaber seiner ihm frei vermählten Frau kommt zu ihm, um ihm zu sagen, daß er zur Bühne will. Die Frau, inzwischen einem ernsteren Treubruch auf die Spur gekommen, verläßt den Mann und teilt es ihm in einem Briefe mit. Er spielt dem angehenden Schauspieler eine Szene vor, in deren Verlauf er den Brief öffnet und aus Theater in den Ernst übergeht. Der junge Schauspieler steht bewundernd vor so viel Echtheit und Natürlichkeit des Spiels. — 2. „Bianka." Ein Arzt, mit einer gütigen, einfachen und unscheinbaren Frau verheiratet, lebt in dem Traum der Erinnerung an Bianka, ein Verhältnis aus seiner Studentenzeit. Diese Erinnerung ist der Gegenpol zur pflicht- und arbeiterfüllten Gegenwart. Bianka will wiederkommen, er schwärmt seiner Frau vor. In seiner Abwesenheit erscheint die noch immer im Stillen Angebetete, eine ordinäre, wenig gebildete, aufdringliche Person von recht gewöhnlichem Aeußern. Seine Frau verscheucht dem Manne gütig die Enttäuschung, und die Erinnerung an ein Abenteuer, das Größe und Schönheit in sich barg, bleibt ihm. — 3. „Der Sündenfall." Zwei Rokokomenschen, ein Maler und sein G'spuck, sind in fabelhafter Weise von einem Mäcen protegiert. Sie haben alles, brauchen nur zu bestellen. Nur eine Birne, die Cordula im „Stillleben" malen muß, ist ihnen versagt; denn der Mäcen, ein leidenschaftlicher Sammler und Jäger, will sie in Watte verpackt zur Ausstellung schicken. Durch den Anreiz eines Freundes, der den „Sündenfall" gemalt hat, kommt sie die Versuchung an, nun gerade die Birne zu essen. Der Mäcen kommt, ist außer sich, wirft sie hinaus, und das Paradies ist verloren. — Hugo Klafft hatte die interessanten dramatischen Neubeiten recht stimmungsvoll inszeniert, und die besten Kräfte des Ensembles verhalfen in vorzüglichem Spiel den wirkungsvollen, lustigen Komödien zu einem prächtigen Erfolg. Der Dichter, welcher der Aufführung beiwohnte, wurde nach „Bianka" und dem „Sündenfall" wiederholt lebhaft gerufen und mit den vorstehenden Dirigiern durch reichen Beifall ausgezeichnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004021-14/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

vom 5. bis 11. April.

5. April 1784 geb. zu Braunschweig Louis Spohr, berühmter Tondichter und Geigenvirtuose. — 1804 geb. zu Halle Dr. phil. Gustav Schwetschke, Buchhändler und Schriftsteller in Halle. — 1845 geb. zu Halle Geh. Regierungsrat Dr. phil. Edmund Stengel, ordentlicher Professor für romanische Philologie an der Universität Greifswald. — 1882 geb. zu Breslau Dr. phil. Felix Pischel, Direktor der Höheren Mädchenschule in Bad Kösen.

6. April 1808 geb. zu Freyburg an der Unstrut D. theol. h. c., Dr. phil. Karl Ludwig Peter, 1856—1873 Rektor der Landesschule Pforta, 1873—1898 ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Jena, 1831—1835 am Pädagogium der Franckeschen Stiftungen in Halle, 1835—1858 Direktor des Gymnasiums zu Meiningen und Konsistorialrat und Schulrat in Hildburghausen. — 1873 geb. Wilhelm Hafe, Direktor des Lyzeums der evangelischen Brüderunität in Gnadau. — 1895 gest. zu Halle Dr. phil. Karl Friedrich Wilhelm Schulz, 1855—1857 Kollaborator und 1872—1892 Oberlehrer an der Latina zu Halle. — 1909 promovierte in Halle zum Dr. phil. Diplom-Ingenieur Professor Dr. phil. Rudolf Bernstein, Privatdozent für landwirtschaftliche Maschinenkunde an der Universität Halle.

7. April 1775 geb. Dr. phil. Adam Weise, 1835—1848 Zeichenlehrer an der Latina und seit 1817 auch außerordentlicher Professor an der Universität Halle. — 1851 geb. zu Langenalsa Professor Dr. phil. Otto Klauwell, Musikhistoriker und Komponist in Köln. — 1876 geb. Dr. phil. Robert Marc, außerordentlicher Professor für physikalische Chemie an der Universität Jena. — 1879 geb. zu Wallenstedt am Harz Dr. phil. Hans Wehse, ordentlicher Professor für englische Philologie an der Universität Halle. — 1893 gest. als Privatgelehrter zu Heidelberg Dr. phil. Georg Christ. Thilo, 1863—1854 und 1858—1865 Prokandidat und Kollaborator an der Latina und 1855/56 ordentlicher Lehrer am Domgymnasium zu Naumburg.

8. April 1871 geb. zu Berlin Oberstabsarzt Professor Dr. med. Artur Menger, leitender Arzt des Augusta-Krankenhauses zu Bochum. 1905—1913 Privatdozent für innere Medizin an der Universität Halle.

9. April 1836 geb. zu Erxleben Wirklicher Geheimer Rat Friedrich Josaim Graf v. Albensleben, Exzellenz, Botschafter a. D., Königlich Preußischer Kammerherr, Fideikommißherr in Erxleben, Kreis Neuhaldensleben. — 1853 geb. zu Zeitz Dr. phil. Karl Peter Theodor Wehrmann, Direktor des Bismarck-Gymnasiums in Pritzig, 1877—1882 an der Latina in Halle. — 1867 geb. zu Heiligengrabe, Provinz Brandenburg, Geheimer Konsistorialrat D. theol. h. c. Wilhelm Lütgert, ordentlicher Professor für neutestamentliche Exegese an der Universität Halle. 1893 habilitierte sich in Halle Geh. Regierungsrat Dr. phil. August Gubmer, ordentlicher Professor für Mathematik an der Universität Halle.

10. April 1838 geb. zu Berlin Geh. Regierungsrat Dr. phil. Gustav Droysen, 1864—1869 Privatdozent und 1872—1908 ordentlicher Professor für neuere Geschichte an der Universität Halle. — 1855 geb. zu Kopenhagen Geh. Hofrat Dr. phil. Karl G. Brandis, Direktor der Universitätsbibliothek zu Jena. — 1876 geb. zu Frankfurt a. O. Professor Dr. rer. pol. Hellmuth Wolff, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes und Privatdozent für Nationalökonomie an der Universität Halle. — 1889 geb. zu Osnabrück Dr. phil. Friedrich Alverdes, 2. Assistent am Zoologischen Institut und Privatdozent für Zoologie an der Universität Halle.

11. April 1815 geb. zu Aschersleben Dr. phil. Christoph Ernst Breiling, Diakonus und Archidiakonus an der Stadtkirche zu Celle, 1838—1844 Kollaborator an der Latina zu Halle. — 1817 gest. zu Merseburg Heinrich Wilhelm v. Bülow auf Neslau, Domherr von Merseburg, preußischer Oberfinanzrat und Hannoverscher Kammerherr. — 1845 geb. zu Halberstadt Geh. Hofrat Dr. phil. Otto Hense, ordentlicher Professor für klassische Philologie an der Universität Freiburg im Br., 1868—1876 Kollaborator an der Latina und 1872—1876 zugleich Privatdozent an der Universität Halle. — 1850 geb. zu Hamburg Hofrat Dr. phil. Wilhelm Deimer, ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Jena. — 1863 promovierte in Leipzig zum Dr. phil. D. theol. h. c., Dr. phil. Emil Kautzsch, 1888—1910 ordentlicher Professor für alttestamentliche Exegese an der Universität Halle.

Mitteldeutsche Ausstellung in Magdeburg

Magdeburg, das durch seine zentrale Lage in Anbetracht der neuen politischen Gestaltung Deutschlands für unser Wirtschaftsleben erhöhte Bedeutung gewonnen hat, rüstet sich zu einer großen Ausstellung. Auf dem sogenannten Rotenhorn, rings um den reizenden Mittagssee herum, auf einem mit herrlichen alten Parkanlagen versehenen, etwa 800 000 Quadratmeter großen Gelände, wird die Mitteldeutsche Ausstellung für Siedelung, Sozialfürsorge und Arbeit, Magdeburg 1921, ihr Heim aufschlagen und die Aussteller in ausgedehnten Hallen und zum Teil auch in Siedlungshäusern vereinigen. In der Not der Zeit geboren, sind für die Ausstellung als zu behandelnde Themen gerade das Siedlungswesen, die Sozialfürsorge und die Arbeit gewählt worden, da die Förderung des Wohnwesens, die Hebung der Volkswohlfahrt und die Belebung des industriellen Lebens für die Entwicklung des Allgemeinwohls und des gesamten Wirtschaftslebens von ernstester Bedeutung sind. — Sie machen die Veranstaltung der Ausstellung zu einer sozialen Tat! Das großzügige Unternehmen hat bereits die tatkräftigste Unterstützung hoher Regierungsstellen gefunden, und es erfährt von der Handels- und Handwerkskammer die eifrigste Förderung. Bedeutende Zweck- und gemeinnützige Verbände haben gleichfalls zugesagt, an dem Aufbau des Unternehmens nach allen Kräften mitzuarbeiten.

---

1. Burg, 1. April. (Der Kreistag des Kreises Jerichow I) bewilligte zur Durchführung der Jugendpflege weitere 3000 Mark, für die Kreiswanderbücherei 1500 Mark. Zur Beanstandung des Feuerlöschwesens wurde die Anstellung eines Kreisbrandmeisters beschlossen. Weiter wurden für Chausseeunterhaltungszwecke 825 000 Mark bewilligt; eine Anleihe von 900 000 Mark soll dazu aufgenommen werden. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Regierung zu ersuchen, den kommissarischen Landrat Gebhardt (Soz.) zum Landrat des Kreises Jerichow I zu ernennen, wurde mit 23 gegen 7 Stimmen angenommen.

— Eilenburg, 1. April. (Vom Zug überfahren.) Fräulein Adele Irmer, hier wohnhaft, die im Begriff war, auf den sich in Bewegung setzenden Frühzug Eilenburg—Düben aufzuspringen, glitt vom Trittbrett ab und geriet mit dem rechten Bein unter die Räder, das ihr unter dem Knie abgequetscht wurde. Außerdem erlitt sie noch schwere Verletzungen am rechten Oberarm, die ihren Tod herbeiführten.

— Friedrichroda, 1. April. (Friedrichroda will Stadt werden.) Bürgermeister Pönitzsch hat eine Denkschrift über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Erhebung der Stadt Friedrichroda zu einer unmittelbaren Stadt ausgearbeitet. Die Denkschrift schließt: „Landesregierung und Landesversammlung wolle der Stadtgemeinde Friedrichroda, da sie alle Kommunalpflichten nach Kommunalrechtlichen Vorbedingungen erfüllt, den Charakter einer unmittelbaren Stadt gewährt verleihen."

— Friedrichroda, 31. März. (Zum Tode verurteilt.) Der Arbeiter Köhler wurde vom Standgericht zum Tode verurteilt wegen schweren Landfriedensbruches während der Unruhen in Friedrichroda.

1. Genthin, 1. April. (Verschiedenes.) In der Stadtverordnetensitzung kam es bei dem Punkte „Uebernahme von Kosten für die Einrichtung der Einwohnerwehr" zu einem Konflikt zwischen den Bürgerlichen und Sozialdemokraten. Ein Redner der letzteren legelte ipso politische Fahrwasser hinüber und richtete schwere Vorwürfe besonders gegen ein bürgerliches Mitglied. Die bürgerlichen Stadtverordneten verließen darauf geschlossen den Saal, so daß die Versammlung beschlußunfähig wurde. — Neue Ortsgruppen des Landbundes wurden in Schlagenthin und Altenklitsche gegründet, denen sich sofort zahlreiche Landwirte anschlossen. — Unser Ostermarkt war von Stadt und Land äußerst zahlreich besucht. Schweine waren wenig aufgetrieben und wurden hoch bezahlt, Ferkel kosteten 150 bis 225 Mk. Dagegen waren Pferde in großer Zahl zum Verkauf gestellt und gestaltete sich der Handel recht flott.

„H.J." Sportberichte

s. Neue Kreiseinteilung des Deutschen Schwimmverbandes. Das Kreisamt des Deutschen Schwimmverbandes wird am 30. Schwimmer-Verbandstage, der bekanntlich zu Ostern in Heidelberg tagt, eine Neueinteilung des Verbandes in Kreise vorschlagen, bei der die Abtretung deutschen Gebietes, die durch jahrelange gemeinsame Arbeit entstandenen Beziehungen und auch vor allem die Schwierigkeiten des Reiseverkehrs in Betracht gezogen sind. Die elf neuen Kreise sollen die folgenden Gebiete umfassen: Kreis I, Nordosten: alles deutsche Land östlich der Weichsel. — Kreis II, Norden: Hinter- und Vorpommern, südlich des Stettiner Haffs, Brandenburg, außer der Lausitz. — Kreis III, Nordwesten: Hannover, nördlich Westfalen (ohne Osnabrück) und der Aller (Werden ein-, Celle ausgeschlossen), zwischen Nordseeküste Westfalens und Mündung der Aller, die Weser als Grenze—, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz und Vorpommern mit Rügen und Usedom. Ostgrenze ist Linie der Peenemündung nach Mecklenburg-Strelitz. — Kreis IV, Südosten: Schlesien, Brandenburgische und sächsische Lausitz. — Kreis V, Sachsen: Freistaat Sachsen und Städte Greiz und Altenburg, Ostsiptel der Prov. Sachsen nördlich der Elster, östlich der Saale (Eisleben eingeschlossen), Anhalt und Südecke der Provinz Brandenburg, südliche Linie Luckau—Lübben. (Luckau eingeschlossen). — Kreis VI, Thüringen: Südgrenze Bayern, Ostgrenze Sachsen (Greiz und Altenburg ausgeschlossen), Nordgrenze Elster und Bahn Halle-Sangerhausen-Nordhausen, bis zur Werra, die politische Grenze zwischen Prov. Sachsen und Prov. Hannover (Halle und Eisleben ausgeschlossen), Westgrenze Hessen-Nassau. — Kreis VII, Mitte: Rest der Provinz Sachsen und Provinz Hannover, Reg.-Bezirk Minden und Waldeck, dazu Kassel. — Kreis VIII, West-Nord: Rest von Westfalen und Reg.-Bezirk Köln, Düsseldorf und Aachen. — Kreis IX, Westen-Süd: Hessen-Nassau, außer Kassel, Reg.-Bezirk Koblenz und Trier (Saarbecken ausgeschlossen), Hessen-Darmstadt. — Kreis X, Bayern: Freistaat Bayern. — Kreis XI, Südwesten: Württemberg, Baden, Rheinpfalz und Saarbecken.

s. Deutsche Meisterschaftsregatta 1920. Zum ersten Male seit 1913 wird in diesem Jahre die deutsche Meisterschaftsregatta wieder ausgefahren. Um die Austragung bewerben sich beim Ausschuß des Deutschen Ruderverbandes, der am 10. und 11. April in Essen (Ruhr) über den Ort entscheiden wird, der Ruderklub Bamberg, Deggendorfer Ruderverein, Karlsruher Regattavereinigung, Magdeburger Regattaverein, Mitteldeutscher Regattaverein Dessau, und Schweriner Regattaverein. Die Bewerber haben zum Teil selbständige Meisterschaftsregatten beantragt, zum Teil bitten sie, daß die Rennen ihrer Regatten zugleich als Meisterschaftsrennen erklärt werden.

s. Die Eröffnungsrennen zu Leipzig finden am Sonntag, 25. April, statt. Es werden vier Flach- und drei Hindernisprüfungen gelaufen, für die insgesamt 84 000 Mk. an Preisen ausgesetzt werden. Im Mittelpunkt stehen der Graf-Preis von 22 000 Mk., sowie der Brühl-Ausgleich und der Fleißenburg-Ausgleich von je 11 000 Mk. Nennungsschluß für die Ausgleichrennen ist am 30. März, für die übrigen Prüfungen am 13. April. Der Vorstand behält sich vor, die Rennen aufzuheben, falls außerordentliche Ereignisse dies erforderlich machen.

s. Der Harzburger Rennverein hielt in Harzburg seine diesjährige Generalversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Uebernahme der Rennen durch den Verein Deutscher Vollblutzüchter und Rennstallbesitzer, der an die Stelle des Vereins für Hindernisrennen (Karlshorst) tritt. Der vorgelegte Entwurf zu einem Vertrage mit dem V. D. V. u. R. wurde gutgeheißen. Danach zahlt der Verein dem Harzburger nach jedem Meeting 12½ Prozent der Eintrittsgelder, mindestens jedoch 4000 Mk. und übernimmt die sämtlichen Kosten für die Inszenierung der Rennen. Der bisherige langjährige Vorsitzende, Major Dommes, scheidet aus dem Vorstande aus, um die Vertretung des Vereins der Vollblutzüchter in Harzburg zu übernehmen. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Bürgermeister Bode; 1. stellvertr. Vors. Oberamtmann Hühne; 2. stellvertr. Vors. Rechtsanwalt Dr. Kühne; Schatzmeister: O. Bergert; Rahmwart: Gestütsinspektor Dr. Sonnenbrodt; Schriftführer: H. Körber.

s. Auf der Magdeburger Radrennbahn, die am ersten Osterfeiertag (4. April) ihre Rennzeit eröffnet, gelten in den Dauerrennen Rosellen-Köln, Boring-Magdeburg, Sawall und Kutschkow-Berlin als Starter.

s. Für das Deutsche Derby, das in diesem Jahre zum ersten Male mit dem werthvollen Preise von 200 000 Mark ausgestattet ist, sind noch der jetzt erfolgten dritten Einsatzgestellung noch 58 Pferde konkurrenzberechtigt geblieben. Der Graditzer Stall strich seine sämtlichen eingeschriebenen Pferde, nämlich Centrifugal, Friedensfürst, Herold, Vergleich, Wächter, Wanderfalke und Augustenburg und bleibt merkwürdigerweise in der größten klassischen Prüfung unvertreten. In dem im Herbst zu laufenden deutschen Stutenpreis verblieben noch 35 Pferde.

Eingesandt

(setzt machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unsere Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung dem Publikum gegenüber)

Eine Bitte an das Finanzamt.

Sehr vielen Landwirten war es schlechterdings unmöglich, die Steuererklärungen für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bis zum 31. März anzufertigen. Erstens fiel die angesetzte Frist in die besonders arbeitsreiche Bestellzeit. Ferner streiften über eine Woche lang die landwirtschaftlichen Arbeiter. Der Landwirt hatte deshalb am Tage keinen Augenblick Zeit für langwierige Schreibarbeit. Des abends aber saß er im Dunkeln, weil die Ueberlandzentrale versagte. Und die Sonntage vor Ostern brachten die Konfirmationsfeiern. Auch erhielt eine große Zahl von Landwirten infolge des Streiks und der Unruhen die Steuerformulare erst wenige Tage vor dem 31. März. Aus diesen Gründen wird das Finanzamt gebeten, die Frist zur Einreichung der Steuererklärungen um die Dauer des Generalstreiks zu verlängern. Emil Müller.

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Nachrichten der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Schuldner und Kapitalertragssteuern

W. T. B. gibt bekannt:

Die Kapitalertragsteuer, die bekanntlich schon von den vom 31. März 1920 ab fällig werdenden Kapitalerträgen (Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, Schuldbuchforderungen, Hypotheken und sonstigen Darlehen) zu entrichten ist, wird in der Weise gezahlt, daß der Schuldner 10 vom Hundert des Kapitalertrages für Rechnung des Gläubigers einbehält und an das für ihn zuständige Finanzamt abführt. Das gilt nach einer vorläufigen Vollzugsanweisung des Reichsfinanzministers auch für die privaten Hypotheken- und sonstigen Darlehnszinsen. Die darüber erteilten Quittungen sind dem Gläubiger zuzustellen.

Zuständig für die Einzahlung der Steuer ist die Behörde, bei der der Schuldner bisher seine Staatssteuer (z. B. Einkommensteuer) einzuzahlen hatte.

Hypothekenzinsen, die an Sparkassen, Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungsunternehmungen, unter Staatsaufsicht stehende Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken, öffentlich rechtliche Kreditanstalten, Kreditgenossenschaften und an Banken und Bankiers gezahlt werden, sind ohne Steuerabzug auszugzahlen.

In allen übrigen Fällen ist die Steuer abzuziehen, also auch da, wo Steuerbefreiungen vorgesehen sind. In diesen Fällen muß der Gläubiger nachträglich Erstattung verlangen.

Aktiengesellschaften

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen Berlin. Das Unternehmen hat im vergangenen Jahre infolge der dauernden Lohnforderungen starke Tariferhöhungen vornehmen müssen. Während vor dem Kriege 5 Tarifzonen bestanden, von denen die erste in zweiter Klasse 15 Pfg., die fünfte 40 Pfg. kostete bestehen jetzt dem 1. Januar 1920 nur noch 2 Zonen. Die erste bis zum fünften Bahnhof zu 45 Pfg., die zweite über den fünften Bahnhof hinaus zu 60 Pfg. Der Verkehr war nur um wenig geringer als im Vorjahre. Aus dem Reingewinn von 4,5 Millionen Mark sollen 5 Proz. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt werden; aus dem Rest sollen 5 Proz. Dividende auf Vorzugsaktien und 4 Proz. sowie 1½ Proz. Superdividende auf Stammaktien verteilt werden. Auf neue Rechnung sollen 468 088,18 M. vorgetragen werden.

Vaterländische Vieh-Versicherungs-Gesellschaft zu Dresden. Die Geschäftsergebnisse des abgelaufenen 32. Geschäftsjahres waren wieder befriedigende. Die Versicherungssumme stieg um 11 984 036 M. auf 33 631 804 M., die Prämien- und Nebenkosteneinnahmen von 947 128 M. auf 1 549 888. An Zinserträgen aus den Kapitalanlagen wurden 83 795 M., an Erlös aus verwertetem Vieh 110 581 M. vereinnahmt. Für Schäden waren 749 813 M. aufzuwenden. Die Verwaltungskosten bezifferten sich auf 11,6 Proz. der Gesamteinnahmen, trotz der durch die Zeitverhältnisse geteilten hohen Ansprüche bewegen sie sich in mäßigen Grenzen. Die Reservefonds einschließlich der Prämienreserve erhöhen sich von 1 607 114 M. auf 2 247 607 M., die Kapitalanlagen von 1 732 111 M. auf 2 373 449 M. Der Ueberschuß beträgt 64 451 M. und wird voll zur nachträglichen Erhöhung der Normalentschädigungsquote um 10 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahre verwendet. Die bisherige Versicherungssumme beträgt 286 728 040 M., die bisherige Entschädigungssumme einschließlich Wiederlös 9 886 107 M. Die Versicherung erfolgt zu festen Prämien ohne jede Nachschußpflicht der Mitglieder, denen auch die Jahresüberschüsse unverkürzt zufließen.

Aus der Emil-Sauer-Gruppe. Die Gewerkschaft Elia Portland-Zement- und Kalkwerke in Neubeckum i. W. zahlt für das erste Vierteljahr dieses Jahres 200 M. Ausbeute, die Kaligewerkschaft Wilhelmshall in Anderbeck 760 M., die Kaligewerkschaft Hedwigsburg bei Neindorf 1000 M. pro Kux. Alle drei Gewerkschaften werden demnächst nach Fertigstellung des letztjährigen Abschlusses für 1919 noch Ausbeuten erklären. — Gleichzeitig wird der Uebergang der Gewerkschaft Rothenberg auf Hedwigsburg angekündigt. Die Gewerkschaft Hedwigsburg bezweckt im Zusammenhang damit ihre Kuxengabl von 1000 auf 5000 und tauscht die Rothenberg-Kuxe im Verhältnis von 1:1 ein.

A.-G. Georg Egestorffs Salzwerke und chemische Fabriken in Hannover. In der G.-V., in der ein Aktienkapital von 1 657 500 Mark vertreten war, wurde beschlossen, das Aktienkapital um 6 auf 12 Mill. zu erhöhen. Die jungen Aktien, welche ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt sind, sollen den Aktionären zu 128 Proz. im Verhältnis von 1 zu 1 zum Bezuge angeboten werden. Die Verwaltung bemerkte, daß für das Jahr 1919 eine Dividende von 12 Proz. zu erwarten sein dürfte.

Donnersmarckhütte Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. in Hindenburg 15 Proz. (12 Proz.). Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ist durchaus befriedigend.

Kapitalerhöhungen. Vereinigte Pinselfabriken A. G. Nürnberg um 3,75 auf 7,5 Millionen Mark beschl. Bürstenfabrik Erlangen A. G. um 200 000 auf 3 Millionen Mark beschl. Hildesheimer Bank um 8 Mill. auf 20 Millionen Mark beschl. Chemnitzer Bankverein um 15 Mill. auf 30 Millionen Mark beschl. Maschinenfabrik Germania Chemnitz um 3,6 Mill. auf 6 Millionen Mark beschl. Leipziger Buchbinderei A. G. um 2 auf 3 Millionen Mark beschl. Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. Leipzig um 2 auf 14 Millionen Mark beschl. Thüringer Gasgesellschaft Leipzig um 6,6 Mill. auf 18,9 Millionen Mark beschl. Porzellanfabrik Kahla A. G. um 5 Mill. auf 9 Millionen Mark beschl. Fritz Schulze jun. A. G. Leipzig um 5,775 auf 11 Millionen Mark beschl. Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Leipzig um 35 Mill. auf 100 Millionen Mark beschl.

Industrie, Handel, Handwerk

Neue Erhöhung der Kohlenpreise. Die westfälischen Kohlengruben werden eine neue Erhöhung der Kohlenpreise um 20 M. für die Tonne mit Wirkung ab 1. April beantragen. Sie berufen sich dabei auf die Absicht, Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, und zwar um 8 M. für die Schicht. Ueber die Haltung der Regierung ist im Augenblick noch nichts bekannt. Die Förderung bewegte sich in den letzten Tagen trotz der Wirten auf etwa 16 000 bis 17 000 Wagen. In Oberschlesien werden rund 8000 Wagen täglich gefördert.

Meldeanzeige der Kuxenbesitzer im Elsaß. „Der Landbesitz der im Elsaß befindlichen deutschen Kalibergwerke Amelie, Marie-Joseph, Elsa, Marie-Louise, Elsaß, Reichsland, Anna, Theodor und Prinz Eugen erklärt ein Meldeanzeigeobligo an die Kuxenbesitzer binnen einem Monat ab 20. März d. J. zur Geltendmachung ihrer Rechte unter Androhung des Verlustes ihrer Ansprüche. Als Berechtigungsstellen für die Vorlage gelten folgende Banken: Banque de Mulhouse, Banque d'Alsace et de Lorraine, Société Générale Alsacienne de Banque, Comptoir d'Escompte und Banque de Rhin. Haupt- und Nebenstellen.

Sämtliche Waren, die einer Ausfuhrbewilligung bedürfen, werden nach dem Stande vom 28. Februar 1920, in einer Zusammenstellung in der letzten Ausgabe des „Reichsanzeigers" nach den einzelnen Arten geordnet, aufgeführt.

Hauptschriftleiter: Helmut Wütscher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Wütscher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heilinger; für den sonstigen Redigierten redaktionellen Teil: i. V. Erich Geilsdorf.
Anzeigenteil: Wilhelm Serbien; Anzeigen in Halle a. S.
Otto Stollo, Druck- und Verlagshaus, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004021-14/fragment/page=0004

Eine demokratische Versammlung

In unserer gestrigen Abendausgabe brachten wir den Bericht über das Referat des Abgeordneten Delius. Im Anschluß an dessen Ausführungen ergriff Generalsekretär Dornblüth das Wort:

Die Deutsche Volkspartei hat mit ihrem Placker alles an Gemeinheit und Verlogenheit noch weit übertroffen, was bisher die Deutschnationale Volkspartei geleistet hat. Die Deutsche Volkspartei hat bisher hin und her gependelt zwischen demokratischen und monarchistischen Gefühlen — sie wußte bisher nie recht, zu was sie sich eigentlich bekennen sollte! Da ist mir doch die Hallesche Zeitung lieber — sie hat vorher gelogen und lügt jetzt weiter — sie bleibt sich treu! Es ist die ürt des gewohnheitsmäßigen Einbrechers, der seinem Opfer Moralpredigten hält und sagt: „Du mußt dir den Raub schon gefallen lassen, darum sei nicht so laut, daß es nicht so an die Oeffentlichkeit kommt. — — Noch wir auch einen Kommunisten hinzugezogen, geschah, um Einfluß auf die erregten Arbeiter zu gewinnen! Mit der Deutschnationalen Volkspartei braucht nicht erst abgerechnet zu werden — sie ist erledigt!

Ihr Frauen, freilich jetzt nicht Gefühls-, sondern Verstandespolitik, laßt Euch nicht durch das Gebue der Deutschnationalen blenden, denn die waren ja immer gegen die Frauen!

Hierauf ergriff Fräulein Förstemann das Wort und führte aus:

Wohl bin ich stolz darauf, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei zu sein, aber nicht als solches, sondern lediglich als Schwester aller Mitschwester rede ich jetzt zu Ihnen. Wir alle sahen das Unwetter kommen, lang vorher konnte man die unheimliche Schwüle spüren, und am Donnerstag brach das erste gewaltige Wetterleuchten los. Nachmittags ½2 Uhr durchsausten Boter die Stadt, riefen der Menge zu: „Seid um 2 am Geschäftshaus, dort werden gedruckte Zettel ausgegeben, heftet alle in der Stadt verteilen. Dann holt Eure Frauen und um ½6 Uhr in den ein elf angegebenen Sälen der Stadt, wo die Parteien, mit Ausschluß der Deutschnationalen Volkspartei, sprechen werden." Bürger, die ich auf die drohende Gefahr aufmerksam machte, zuckten die Achseln: „Da gehören wir nicht hin" sagten sie oder „wir können doch nichts ändern" und „was kommen muß, kommt doch!" Die Lauheit und Gleichgültigkeit der Frauen, sowohl als auch der Männer gehörten mich, denn die Frauen der Unabhängigen waren alle pflichtbewußt erschienen. Die wußten, was von Parteiwegen ihre Pflicht und Schuldigkeit war. Lange vor Beginn war der Hallisaal zum Brechen voll. Mit Stolz wurde die organisatorische Glanzleistung, von dem ersten Redner, einem Unabhängigen, festgestellt. Der Demokrat sagte: „Wohl trennt uns eine Weltanschauung von den Unabhängigen, aber nach reiflicher Ueberlegung und nach langen Beratungen gehen wir doch Hand in Hand mit den Unabhängigen gegen die Reaktion von rechts. Denn die Deutschnationalen sind eine Partei, welche Verbrecher großgezogen hat." In diesem Schmacht ging es weiter.

Ich fordere hiermit alle selbständig denkenden Frauen der demokratischen Partei auf, aus einer Partei auszutreten, welche in der Weise mit den Unabhängigen verbündet. Nun eine Frau, welche religiös empfindet und die Heiligkeit der Ehe hochhält, kann nicht in einer Partei bleiben, welche Hand in Hand mit den Unabhängigen geht. Ein unabhängiger Student hetzte dann in unglaublicher Weise gegen die Zeitfreiwilligen, doch kein Widerspruch erhob sich, so war es der Hetzerei dieses Studenten zu verdanken, wenn gerade zu bestialer Weise gegen die Zeitfreiwilligen vorgegangen wurde. Dr. Schreiber glaubt wohl ein politischer Hof zu sein, aber ein solcher muß die wirkende Kraft seiner Tat richtig beurteilen können. Er hatte sich jedoch in seinem Gesichtspunkt gegen die Deutschnationalen geirrt, wie auch in der Wirkung des bermeintlichen Todesstoßes, welchen er unserer Partei versetzen wollte. Der Angriff war trotzig, wir Deutschnationalen sind nicht die Schuldigen, die schädliche Wirkung fällt auf seine eigene Partei zurück. Wenn wir nicht ein charakterloser Mitläufer der demokratischen Partei ist, der tritt jetzt aus der Partei aus, deren Führer gemeinsame Sache mit den U. S. P. macht, deren oberster Grundsatz nach Kautsky heißt: Eigentum ist Diebstahl. Eine Partei, welche, wie die Unabhängigen, dem Staat die zwei heiligen Stützen rauben will, die Religion nämlich und die Heiligkeit der Ehe, mit einer solchen Partei gehe ich nicht Hand in Hand. Auf die Schmähungen, welche gegen die Deutschnationalen hier erhoben sind, gehe ich nicht ein, das überlasse ich anderen. Die Abrechnung wird nicht ausbleiben!

Demnach machte der Abgeordnete Delius in seinem Schlußwort folgende Ausführungen: Ich bedauere den Mut der Frau, in einer solchen Versammlung, wie hier, das Wort zu ergreifen, nach mehr aber die Bereitwilligkeit, mit welcher sie sich für die Partei einsetzt, die doch vollkommen erledigt ist. Wie kindisch und von welcher politischen Unreife zeugt der Ruf an die demokratischen Frauen, nicht gedankenlose Mitläufer ihrer Partei zu sein, welche mit den Unabhängigen Hand in Hand ging. Alle religiös denkenden und die Heiligkeit der Ehe hochhaltenden Frauen müßten aus dieser Partei austreten! Was haben wir denn damit zu schaffen, wir lassen ja jeden glauben, was er will, und wir gehen ja gar nicht Hand in Hand mit den Unabhängigen. (Da passierte ihm jedoch der Lapsus, daß er wohl nicht richtig verstanden hatte, denn nicht meine Behauptung war es — ich hatte lediglich angeführt, daß der Demokrat im Thalisaal erklärte: Uns trennt zwar eine Weltanschauung von den Unabhängigen, aber nach reiflichem Ueberlegen und langen Beratungen gehen wir doch Hand in Hand mit den Unabhängigen gegen die Reaktion von rechts, denn die Deutschnationalen sind eine Partei, in welcher Verbrecher großgezogen werden. Und daran hatte ich die Aufforderung an alle selbständig denkenden Frauen geflügt, aus solcher Partei auszutreten. Also kennzeichnet Herr Delius doch nicht meinen, sondern des Demokraten Ausspruch im Thaliasaal als kindisch und politisch unreif!

Beamtenschaft und Generalstreik

Die Deutschnationale Beamtenschaft und der mit ihr in enger Arbeitsgemeinschaft verbundene Deutschnationale Lehrerbund geben ihrer tiefen Empörung darüber Ausdruck, daß der Deutsche Beamtenbund in grober Verletzung seiner satzungsmäßigen Aufgaben und in schroffem Gegensatz zu der überlieferten rechtlichen Stellung des Beamtentums den politischen Generalstreik proklamiert und dadurch unser Vaterland in kritischer Stunde dem Zustande beginnender Anarchie zugeführt hat.

Viele Tausende von Leidenden, Müttern und Kindern sind durch den Stillstand von Verwaltung und Verkehr gefährdet oder ganz zugrunde gegangen. Wenn unsere Wirtschaft nicht von Grund aus gerüttert, unsere Staatsordnung nicht völlig lahmgelegt ist, so ist dies der überkommenen Pflichttreue zu verdanken, mit der weite Beamtenkreise sich dem Rufe des Deutschen Beamtenbundes verschlossen haben.

Der Putsch, mit dem ein eng geschlossener Kreis politisch unerfahrener Soldaten und Zivilpersonen die Vornahme der verfassungsmäßigen Wahlen erzwingen wollte, ist nicht geeignet, die dem Beamtenbund zur Last fallende Störung von Staat und Wirtschaft zu rechtfertigen.

Wenn die Reichsregierung und der Preußische Eisenbahnminister den Beamtenstreik zugeheißen haben, so haben sie sich zu ihren eigenen Grundsätzen in Widerspruch gesetzt. (Vgl. Abs. 6 der Antwort des Preußischen Staatsministeriums in der 117. Sitzung der Landesversammlung vom 20. Februar 1920.)

Die Beamtenschaft hatte ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit und in Uebereinstimmung mit der Verfassung des letzten Kaisers am 9. November 1918 unter viel schwierigeren Verhältnissen den Dienst fortgesetzt und dadurch den Dank aller Volksgenossen und ganz besonders den der jetzigen Regierung verdient. Hätte man die Beamten arbeiten lassen, so hätten sie es sicher verstanden, die durch die neue Bewegung hervorgerufene Verschärfung der Notlage wenigstens zu mildern.

Der Deutsche Beamtenbund hat durch sein Verhalten die oberste Rücksicht jeder Beamtenwirksamkeit: die Rücksicht auf das Wohl aller Volksgenossen aufs schwerste verletzt; er hat das ohnedies den schwersten Belastungsproben ausgesetzte Pflichtbewußtsein des Beamtentums aufs tiefste untergraben und damit dem Wiederaufbau staatlicher Ordnung ein schweres Hemmnis in den Weg gelegt.

Eine neue Partei in Oberschlesien. Unter dem Namen „Christliche Volksvereinigung für Schlesien" hat sich in Oberschlesien eine neue Partei gebildet, die sich mit allen Kräften dafür einsetzen will, daß Polnisch-Schlesien Polen einverleibt werde. Aus dem Parteiprogramm ist hervorzuheben: Die Christliche Volksvereinigung vereinigt alle Schichten der polnischen Volksgemeinschaft in Schlesien zum Wiederaufbau eines einheitlichen starken polnischen Staates auf christlicher und nationaler Grundlage unter Wahrung der republikanischen und konstitutionellen Verfassung. Jede Klassendiktatur und alle Standesprivilegien werden abgelehnt und die sofortige Aufhebung der Gutsbezirke gefordert.

v. Heeringen. Der frühere Kriegsminister, der Generalobersti Josias v. Heeringen, welcher die Stellung eines Vorsitzenden vom Kyffhäuserbund bekleidet, wurde geboren zu Kassel als Sohn des Chefpräsidenten der Verwaltung des Hessischen Fideikommisses Josias v. Heeringen und der Karoline geb. v. Starckloff. Er trat in die Armee ein in das Füsilier-Regiment 80 und wurde bei Wörth schwer verwundet. Er verheiratete sich am 10. Dezember 1874 mit Auguste geb. v. Demall. In seiner Ehe sind ihm ein Mädchen und drei Söhne geboren. — Die Familie gehört dem Thüringischen Uradel an. Das gleichnamige Stammgut im Sangerhäuser Kreise war schon 1143 in ihrem Besitz. — Wappen: in silbernem Felde ein Löwe, dessen obere Hälfte schwarz, die untere rot ist.

Gg. E.

Halle und Umgebung

Halle 2. April.

Bismarckfeier des Deutschnationalen Jugendbundes

Zur diesjährigen Geburtstagsfeier des „Eisernen Kanzlers" hatte sich gestern vormittag im Saale des „Neumarkt-Schützenhauses" eine stattliche Anzahl deutscher Jugend zusammengefunden. Nach einem einleitenden Vorspruch brachte Herr Direktor Heidrich zusammen mit einem seiner Schüler den Marsch aus der „Götterdämmerung" zum Vortrag. Darauf sang man gemeinsam ein Bismarcklied.

Die Festrede hielt Herr Professor Scupin. Nach einem kurzen Rückblick auf den 100. Geburtstag Bismarcks vor fünf Jahren, sowie auf die Huldigungen seitens der deutschen Jugend vor 25 Jahren im Sachsenwald, schilderte der Redner Bismarck als den steten

Mahner zur Einigkeit.

Für viele ist er heute schlechthin der Gründer des Deutschen Reiches, einer der Männer, welche die Geschichte machen. Er war die Persönlichkeit, welche sich herausheben aus der Masse, doch als treuer Diener seines Herrn, nur das „salus publicae" im Auge hatte. Ihm war, in bezug auf das deutsche Volk, der monarchistische Gedanke mit Nationalismus verknüpft. Wenn er den Ausspruch brachte: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt," so hat ihn heute der Deutsche vergessen. Heute fürchtet dieser die Entente und den roten Mob der Straße, nicht aber Gott. Nach seiner Entlassung am 20. Mai 1890 begann der erste Akt des großen Dramas, welches seinen Höhepunkt am 9. November erreichte, und in dem wir noch mitten drin stehen. Wie es ausklingen wird, wissen wir noch nicht. Deutsche Jugend muß für ein gutes Ende sorgen. Wir schlagen den Teufel aus der Hölle, wenn wir einig sind. Solange aber Ostpreußen eine Insel im slawischen Ozean, solange Elsaß-Lothringen losgetrennt ist, ist an keinen einigen Aufbau eines großen Deutschen Reiches zu denken. Es ist kein Chauvinismus, wenn aus diesem Grunde an das Schwert appelliert ist. Deutsche Jugend darf nicht rasten und ruhen, bis die Tore des Kyffhäusers sich auftun und ein neuer Kaiser hervortritt. Optimismus und Lebensbejahung, diese dazu notwendigen Eigenschaften, sie liegen bei der Jugend. Wir leben augenblicklich in der Oster- und Auferstehungszeit. Sie gibt uns das Recht, an eine bessere Zeit zu glauben. Wir können, wenn wir die Kraft haben, zu bekennen, hoffentlich nicht in allzuferner Zeit, wiederum mit Bismarck sagen: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!" Dazu verhelfe uns die Kraft deutscher Jugend!

Nach der Schlußansprache durch Herrn Heinrich Dankert sang man zum Abschied das Bundeslied deutschnationaler Jugend mit dem heiligen Treuschwur: „Vaterland, wir schwören Treue, dir zum Heil bis in den Tod!"

— **Waffenscheine und Waffenablieferung.** Zur Ausführung der Verordnung des Reichskommissers Hörsing vom 22. März 1920 wird für das Stadtgebiet Halle folgendes angeordnet: Waffenscheine dürfen außer für Jagdgewehre und Revolver, die zum persönlichen Schutze dienen, ausgestellt werden für Scheibenbüchsen und Scheibenpistolen, sowie für Hieb- und Stoßwaffen, sofern es sich nicht um Heeresgut, sondern um unzweifelhaftes Eigentum des Besitzers handelt; ferner für Militärgewehre älteren Modells, die unzweifelhaftes Eigentum des Besitzers sind und als Dekorationsstücke dienen. Munition darf zu letzteren nicht vorhanden sein. Jagdscheine gelten als Waffenscheine im Sinne dieser Verordnung. Die Frist für die bestimmte Ablieferung von Waffen usw. endigt mit Sonnabend, den 3. April 1920, abends 6 Uhr. Die Ablieferung der Waffen usw. hat bei den zuständigen Polizeirevieren zu erfolgen; dort sind auch die Anträge auf Ausstellung von Waffenscheinen zu stellen. Die angeordnete Entfernung der Bilder und Büsten Wilhelm II. und des ehemaligen Kronprinzen aus allen öffentlichen Gebäuden muß bis zum Dienstag, den 6. April 1920, abends 6 Uhr durchgeführt sein.

— **Keine Tanzlustbarkeiten am Ostersonntag.** Es wird erneut erinnert, daß nach § 12 Absatz 3 und 4 der Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage vom 27. Oktober 1905 in der Fassung des Nachtrages vom 24. April 1909 an den 1. Osterfeiertage die Veranstaltung von öffentlichen Tanzlustbarkeiten und Bällen, Schaustellungen und Musikaufführungen in Singspielhallen verboten ist, desgleichen die Veranstaltung von öffentlichen Tanzlustbarkeiten und Bällen am Vorabend dieses Feiertages. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe geahndet.

— **Rückgabe von Heeresgut.** Bei den Wirren der letzten Tage sind wieder große Mengen von Heeresgut in unrechtmäßige Hände gelangt. Es liegt im Interesse des gesamten Volkes, die Heeresgüter dem Reiche möglichst schnell und restlos wieder zuzuführen und Verschiebungen von Heeresgut mit allen Mitteln zu ver-

Panzerzug-Arbeit

Tagebuchblätter eines Panzerzug-Führers während des letzten Aufruhrs in Halle.

Hauptbahnhof, den 16. März 1920.

Folgendermaßen lautete der Auftrag, den der Panzerzug 124 erhielt: Zwecks unbedingter Rückholung von aus Heitstedt, Eisleben und Umgebung entwendeter Waffen unterninmmt Panzerzug 124 einen Vorstoß bis in Gegend Eisleben. — Um 12 Uhr fuhren wir los. In Unterröblingen wurden die ersten Streifen, bewaffnet und mit roten Binden am Arm, welch' letztere den Näherkommen urplötzlich verschwanden, gesichtet. 16 Gewehre konnten wir als erste Beute einbringen. Inzwischen kam Meldung von Plünderungen in Helfta. Also auf nach Helfta! Unterwegs bekam der Zug das erste Feuer, welches während seiner ganzen Fahrt bis vor Eisleben anhielt, so daß der Panzerzugführer, Leutnant Maetzke, seinerseits besonnener Weise den Feuerbefehl an seine Leute gab. Man zog vor, an diesem Abend nicht mehr in den Bahnhof Eisleben einzufahren. Plötzlich brauste in rasendes Fahrt eine eingelne Lokomotiv-Maschine dem Panzerzug entgegen und machte kurz vor dem Halt. Heraus sprang ein Mann, welcher versicherte, er komme im letzten Augenblick auf die von den Eislebener Arbeitern zur Besatzung zur Vernichtung des Panzerzuges losgelassene Maschine gesprungen, um diesen zu retten. Er ließ sich von den Panzerzugleuten mit Waffen versehen und fiel später während eines Gefechtes durch eine Spartakistenkugel.

Vor Eisleben, 17. März 1920.

Morgens 5 Uhr begann das Unternehmen gegen die Stadt. Vorher der Panzerzugbesatzung befanden sich noch 50 Zeitfreiwillige in dem Zuge. Links von diesem ging eine zweite Kompagnie Zeitfreiwilliger vor, rechts eine gleich starke Abteilung. Eine Patrouille übernahm vor dem Zug längs des Bahnkörpers die Spitze, der Panzerzug folgte dieser unmittelbar auf 50 Fuß. 800 Meter vor Eisleben bekamen die Truppen das Feuer von Maschinengewehrfeuer, zur Rechten von einem Kirchturm und, desgleichen aus dem Seminar, von links durch 5 bis 6 Gewehren, aus freiem Felde eingegrabenen Maschinengewehrs. Trotzdem die Truppen seitens der Truppen das Feuer erst in einer Entfernung von 50 Meter vor der Bahnhofshalle eröffnet. Immer neue Arbeitermassen schwärmten in die feindlichen Schützenlinien ein, die im sprungweisen Vorgehen erhebliche Verluste erlitten. Die Bergung eigener Verwundeter konnte nur durch vorgeschickte gefangene Arbeiter erfolgen, da die Spartakisten jeden Bergungsversuch durch lebhaftes Schützenfeuer zu bereiten suchten. Das Gefecht währte von 6 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Um diese Zeit erschienen Parlamentäre mit weißen Flaggen und zwar der Oberbürgermeister von Eisleben, drei Arbeitervertreter, drei Mitglieder des Aktionsausschusses und zwei Bürger. Man einigte sich dahin, daß bis zum 19. März, 12 Uhr mittags, die Arbeiter ihre sämtlichen Waffen abgegeben haben sollten. Man schätzte die Gefechtsstärke des Gegners auf 25 Maschinengewehre und 3000 bewaffnete Arbeiter. Die in dem Vertrage enthaltene Verpflichtung, keinen Schuß mehr zu tun, wurde seitens der Arbeiter gebrochen, indem diese den Panzerzug bei seiner Rückfahrt des öfteren lebhaft beschossen.

Das Unternehmen gegen Eisleben war zu Ende. Der Erfolg war nicht ausgeblieben. Der Vormarsch der revolutionären Arbeiter gegen Halle war bereitet.

Hauptbahnhof, Halle, den 18. März 1920.

Unsere Maschine ist rohrlecknd. Sie wird von Beamten ausgebessert, allerdings nur gegen die schriftliche Bescheinigung, daß der Panzerzug für die alte Regierung arbeitet. Große Schwierigkeiten bereitet das eigenhändige Stellen der Weichen innerhalb der großen unübersichtlichen Bahnhofsanlage, dem oft mühsames Suchen vorausgeht.

Freitag, den 19. März 1920.

Ein Vorstoß nach Canena konnte nicht endgültig durchgeführt werden, da die Strecke aufgerissen war. Eine in das Dorf vorgeschickte Patrouille wurde diesmal ausnahmsweise nicht beschossen. 4 Uhr nachmittags stieß der Panzerzug bis Ammendorf vor, fand das Stellwerk Thüringen von Spartakisten besetzt, welche nach kurzem Gefecht vertrieben wurden. Das Feuer aus Süden und Richtung Beesen war diesmal besonders stark.

Sonnabend, den 20. März 1920.

Wir fuhren die Kasseler Strecke entlang und bekamen Feuer aus Bruckdorf und Beesen. Desgleichen aus der Nummendorfer Mulde. Wir stießen bis 1,5 Klm. südlich Stellwerk Thüringen vor, erwiderten das Feuer auf das Nachdrücklichste und konnten drüben deutlich erkennbare Verluste feststellen.

Sonntag, den 21. März 1920.

Während des Angriffes auf den Hauptbahnhof wirkte der Panzerzug im südlichen Vorgelände, wobei mehrere Zivilisten aus der Gefahrzone gerettet wurden. Am Nachmittag bekamen wir beim Ausbessern der Strecke Feuer. Eine Patrouille von Zeitfreiwilligen knüpfte Verhandlungen mit den aufständischen Arbeitern in Canena an. Ihre Vertreter gaben an, keine Waffen zu besitzen, die starke Belegung des Ortes sei lediglich Arbeitereinquartierung. Rückfahr 7 Uhr abends.

Montag, den 22. März 1920.

6 Uhr vormittags fuhren wir nach Ausbesserung der Strecke abermals bis Canena. Unterwegs fanden wir Nitroglycerin-Sprenglabungen. Eine Zeitfreiwilligen-Patrouille wurde gegen Grube Canena angesetzt. Sie wurde in ein Gefecht verwickelt, in dessen Verlauf Leutnant Lüdicke durch Kopfschuß fiel.

2 Uhr nachmittags. Großangriff gegen Ammendorf. Rechts von uns auf der Merseburger Straße gehen die Kampfwagen vor. Neben diesen Infanterie, welche Feuer aus allen Richtungen bekommt. Wir schieben uns auf hundert Meter an die Merseburger Brücke heran und lassen unsere sämtlichen Schlünder spielen. Drüben kommt die Front ins Wanken. Nach längerem Gefecht sind die Truppen Herr der Lage. Allein der Panzerzug erbeutete zwei Minenwerfer, 4 Maschinengewehre, zahlreiche Gewehre und brachte tote und gefangene Spartakisten mit. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß die Arbeiter Dum-Dum-Geschosse mit abgefeilten Spitzen verschossen. Die Stellungen an den Bahndämmen waren gesäubert. Eine Pionierpatrouille wurde im „Roten Turm" zurückgelassen. Wir selbst blieben bis Einbruch der Nacht vor Ammendorf stehen.

Dienstag, den 25. März 1920.

Unsere Arbeit scheint für diesmal getan zu sein. Allmählich belebt sich der Bahnhof wieder. Wir haben uns auf ein totes Gleis schieben lassen, und geben uns der wohlverdienten Ruhe hin. Halle war wieder ein Kapitel in der Geschichte des Panzerzuges 124, das sich würdig früheren Ereignissen in Braunschweig, Erfurt, Weimar und anderer Städte anschließt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004021-14/fragment/page=0005

schädigten. Angezeigen nehmen die Zweigstelle des Reichsbewertungsamtes Halle a. S., Lindenstraße 83, deren Beamte, die Platzvertretungen in Erfurt, Naumburg, Wittenberg, Torgau und alle Polizeibehörden entgegen. Wer zur Wiedererfassung verschobener oder sonst abhanden gekommener Heeresgüter beiträgt, hat Anspruch auf Belohnung nach Maßgabe der Belohnungs-Bekanntmachung vom 29. April 1919. Helft alle mit die angerichteten Schäden, die das Reich und die Allgemeinheit wiederum erlitten hat, nach Möglichkeit wieder gutzumachen.

— Zur Auslieferung deutscher Volksgenossen. Die Leipziger Verteidigungsstelle bittet sämtliche auf der Auslieferungsliste stehenden Persönlichkeiten und deren Verteidiger und sonstige Vertreter, soweit sie sich noch nicht mit der Stelle in Verbindung gesetzt haben, ihr möglichst unverzüglich ihre Adressen anzugeben, da sie den Beteiligten wichtige Mitteilungen zu machen hat. Die Verteidigungsstelle weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Bearbeitung aller ihrer Angelegenheiten in der Hand von Rechtsanwälten liegt, die gesetzlich zur Verschwiegenheit über die ihnen anvertrauten Tatsachen verpflichtet sind und auch als Zeugen über diese Tatsachen nicht vernommen werden dürfen.

— Deutschnationaler Jugendbund. Am Freitag, den 9. April, hält im Saal des „Zoologischen Gartens" der Burgkommandant Koos Jooste einen Vortrag über seine Erlebnisse in Südafrika. Wir bitten unsere Mitglieder, recht zahlreich dazu zu erscheinen und recht rege für einen starken Besuch zu sorgen. (Näheres wird noch bekanntgegeben.)

— Mandatsniederlegung des Genossen Hennig. Genosse Hennig hat nach einer Meldung des „Volksblattes" sein Mandat als Mitglied der Preußischen Landesversammlung niedergelegt. Da er zurzeit ernstlich erkrankt ist. Als sein Nachfolger wird Genosse Killian genannt. Die Hofmannberechnung für den Abgeordneten Killian wird der Landesversammlung vom „Volksblatt" zu einer Ehrenpflicht gemacht.

— Der Verein ehem. Angehöriger des Füsilier-Regiments Nr. 36 hält seine Monatsversammlung am Sonnabend, abends um 8 Uhr, im Vereinslokal ab. Kamerad Dr. Lorenzen wird sprechen über „Der Sieg des Deutschtums in Schleswig".

— Louise Rünsch, eine junge Sängerin die in Dresden kürzlich mit größtem Erfolg aufgetreten ist, veranstaltet am 9. April in den „Thalischälen" einen Liederabend. Karten bei Heinrich Hothan.

Familien-Nachrichten

Geburten: Privatdozent Dr. Lindemann (Sohn). — Dr. med. Grobe (Tochter).

Verlobungen: Gertrud Matthes und Fritz Kurzhals-Wildberg. — Martha Liestmann-Stedten und Hans Henninger-Schraplau.

Vermählung: Gustav Ruhe und Marta Banse.

Todesfälle: Am 31. März Invalide August Koselow im 67. Lebensjahre. — Am 30. März Maurermeister Wilhelm Gebhardt im 44. Lebensjahre. — Am 31. März Rentner Emil Wachhof im 54. Lebensjahre. — Am 30. März Natalie Hochheim geb. Junker im 75. Lebensjahre. — Am 31. März Maria Friedrich geb. Hinzelang im 81. Lebensjahre. — Am 31. März Minna Dölle geb. Sparing im 29. Lebensjahre. — Am 31. März Luise Fechtel geb. Spindler im 72. Lebensjahre.

Vom Büchertisch

— Hermann Löns: Da Hüb' hebt Jugenderlebnisse. Adolf Sponholz' Verlag, G. m. b. H. Hannover 1918. — Für den, der Hermann Löns durch seine Werke kennt, erübrigt sich dieser Hinweis auf das lehrreichlesene Buch. Mit einer uns Großstadtmenschen des 20. Jahrhunderts schon eigenartig anmutenden Schreibweise, die jedoch den mit der leider so ferngerückten Natur noch Verbindung Haltenden tief ergreift und zum immer besseren Verstehen hilft, plaudert er vom schwergrauen Buch, der Minne im Moor, vom Jagen mit dem Frett und vom stillen Stunden vor dem Einlauf. Alles, was da „stolzbeet in grüner Tracht", wird seine helle Freude haben an Darstellungsweise und Inhalt. Und auch wem nie das große Glück vergönnt ist, mit der Büchse unter dem Arm durch Heide und Bruch zu pirschen, liest mehr als zu bloßer Unterhaltung in diesem Buch, dessen Verfasser, an die besten Ueberlieferungen deutschen Schrifttums anknüpfend, es als ein dauer Bewusst weiterbildet. Die weiteste Verbreitung dieses wie seiner übrigen Bücher ist der schönste Dank für den allzufrüh Gefallenen und gleichzeitig wahre Arbeit an der Verinnerlichung und Nützbildung unseres Volkes zu dem, was dauernden Wert besitzen wird. H—r.

— Rudolf Presber, Das Unschuldslämmchen. In den Hunderttausenden, die sich an Rudolf Presbers sonnigem Humor erfreut, die über seine entzückenden Humoresken Tränen gelacht, oder aber unter Tränen gelächelt haben, werden sich jetzt neue Zehntausende hinzugesellen, die den im Verlag von Dr. Eysler u. Co. in Berlin SW. 68 erschienenen Humoreskenband „Das Unschuldslämmchen" zur Hand nehmen. Dieses reizvoll ausgestattete und von Martin Claus in origineller Weise illustrierte Buch zeigt uns den Dichter diesmal als lustigen und scharfen Beobachter der Gegenwart und gibt die ganze Fröhlichkeit seines Wesens in tausend kleinen Spiegeln wieder.

— Der blühende Purzelbaum, Schnurren von Karl Eichert. Mit Zeichnungen von Paul Simmel. Verlag Dr. Eysler u. Co., Berlin. Preis 3,60 Mk. Ein buntes Feuerwerk ist dieses Buch. Winzige Geschichten, aber jede gefüllt mit Geschehnissen; jede besetzt vom echten Leben. Alle Welt tummelt sich in diesem fröhlichen Buch; aus allen Ecken und Winkeln der großen Stadt sind die „Helden" zusammengesetzt, stehen einem Augenblick lang vor den lächelnden Augen des Lesers und treten in den flimmernden Urgrund zurück. Der Urheber aller dieser drolligen, abjonderlichen und ganz alltäglichen Menschen, die in den Geschichten vom „blühenden Purzelbaum" leben, gälst ja längst zu unsern ersten humoristischen Schriftstellern. Zu seinem neuen Buch hat er gezeigt, auf welche Weise man in knapplter Form die Fülle der Geschehnisse auf seine philosophisch-heitere Art wiedergeben muß, um neues Leben zu schaffen. Neues Leben, das lachend die Bitternisse der Zeit überwindet.

— Ein Frauenhaar, Roman von Ad. Freifrau von Puttkamer-Schack. Verlag von Heinrich Fink in Leipzig. Geh. 3,60 Mark, geb. 5 Mark. Ein recht lesenswertes Buch, dieser neue Roman der beliebten Schriftstellerin. Zwar unsere moderne Welt verlangt nur Modernes. Aber die Geschichte ist so lebensvoll, so warm geschrieben, das Mittelalter erfreut vor unseren Augen so packend und lebensvoll, daß wir das Buch nur empfehlen können.

— Der kaufmännische Stil. Von Bruno Beicke. Leipzig, Hesse & Becker Verlag. 219 S. In Steifdeckel 4,80 Mk., gebunden 5,50 Mk. — Die „kaufmännischen Briefsteller" kranken meistens daran, daß sie die oft so seltsamen und krausen kaufmännischen Formeln für unabänderlich, ja unantastbar halten und den jungen Kaufleuten als unveräußerliches Gut überliefern. So erben sich Fremdwörter, Schwulst und Schnörkel wie eine ewige Krankheit fort. Bruno Beicke, ein erfahrener und gebildeter Großkaufmann, hat den Mut, die von Eduard Engel u. a. ausgehenden Bestrebungen, die deutsche Sprache zu reinigen und zu bereichern, ohne falsche Rücksicht und Zimperlichkeit auf das kaufmännische Gebiet zu übertragen.

Unterweisung im Gebrauch von Generalstabs- und Touristenkarten. Bearbeitet von W. Eckert, Vermessungsdirigent a. D. Mit 12 Abbildungen. Preis 90 Pf. Verlag R. Eisenschmidt in Berlin NW. 7.

— Edmund Hellmer. Fenster. Plaudereien und Kleine Geschichten. Wiener Literarische Anstalt, 1920. In vornehmem

Deutsche Jugend

Deutsche Erde

Wollt ihr die Erde reden hören — dann geht hinaus vor die Stadt in das Feld!

Geht um die brennende Mittagszeit, wenn die Menschen vom Leben rasten und ruhn, und die Stille Gottes über den Fluren ist!

Setzt euch auf einen Stein an der Straße, und macht eure Seelen der Heimat weit!

Und dann . . .

Hebt eine Scholle mit euren Händen! Wiegt sie und prüft ihre Schwere und Kraft! Hebt sie zur Sonne und sprecht:

„Rede! du deutsche Erde!"

Verhaltet den Atem, daß nicht ein Klang, ein Bild der Heimat verloren gehet im Rausche des Lebens!

So werdet ihr sehen mit göttlichen Augen:

Keimende Saaten, fruchtschwere Halme! Menschen, die Sicheln tragen zum Schnitt!

Vorüber gleiten künft'ge Geschlechter, erntend die Frucht aus dem Halm eurer Saaten!

Zu denen redet vom roten Leben!

„Seht ihr die Halme aus brauner Scholle, des Sämanns harrend?

Seht ihr die Flächen der goldenen Ernte ins Blau sich dehnen zum Horizonte?

Seht! das gehöret auch zu Eigen!"

„Vor vielen Jahren", werdet ihr sagen, „war hier ein großer, furchtbarer Krieg, der brannte die Frucht unserer Felder zu Staub.

Viele kehrten nicht heim zu der Scholle und starben draußen, im feindlichen Land.

Ihr seid die Erben! und euch erwartet der Segen der Saaten! Erntet!

Denn aber über die Jahre wird ein Krieg kommen über die deutschen Lande! Und ihr schützt Heimat und Herd eurer Väter!

Damit eure Kinder nicht heimlos irren über verfemtes, verlorenes Land . . .

Erntet! Und hauset weise!"

Sophie Rauschke.

Heil dir „Jung-Deutschland"!

Deutsche Jungens und Mädels, darf ich Euch ein wenig von meinen Gedanken als deutschnationales Mädel erzählen? . . . Ganz sicher wird es Euch interessieren, wie es bei uns in Potsdam im D. N. J. aussieht. Wir haben uns, wie man es so nennt, selbständig gemacht, und nur noch Jugendliche führen den D. N. J., während das Alter als Beirat fungiert, aber auch nur in ganz besonderen Fällen. — Ich will auch hier denen Dank sagen, die uns bisher leiteten, — aber verstanden haben sie uns nicht. —

So recht aus dem Herzen sprach mir Heinz Racholl in seinen „Gedanken über den D. N. J." in der 7. Folge des „Jungen Deutschlands". Ich war leider verhindert, zum Bundestag zu fahren, aber viele, viele Mitglieder haben sich darüber zu mir geäußert, daß ihnen die Führung des Bundestags, besonders die Leitung des Reichsverbandes, nicht gefallen hat. Wir hier in Potsdam wollen eine „Jugendgemeinschaft", bestehend aus der ganzen nationalen deutschvölkischen Jugend. Am Jugendtage haben wir es schon gezeigt, daß wir den Willen dazu haben, und wo ein Wille ist, da soll und muß auch ein Weg sein. Das alles hat uns der Reichsverband sehr verübelt. — Doch zum Alter! Student Wendland aus Steglitz hat sehr recht, wenn er sagt, daß die Jugend des D. N. J. nach wahren Führern sucht. Alles, alles was er sagt, unterstreiche auch ich. Strengste Autorität gegenüber dem Alter und vor allen Dingen das Suchen nach Vorbildern ist unbedingt geboten, letzteres kann uns hier in Potsdam nicht schwer fallen. Sollen wir die Zukunft Deutschlands sein, nun, so wollen auch wir nicht nur mitmachen, sie zu werden, sondern auch mitbestimmen und mitleiten.

Allewege deutsch!

Helene Hansen,
1. Vorsitzende der Mädchengruppe des D. N. J., Ortsgruppe Potsdam.

Vom Mitnehmen der Laute auf Wanderfahrten

Sollen Lauten auf Wanderfahrten mitgenommen werden? Das ist eine Frage, die in letzter Zeit ziemlich brennend geworden ist, und die man nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein abtun kann. Wer läuft heutzutage mit einem Instrument hinaus? Da sieht man zu allererst in erdrückender Menge die wüsten Horden der sogenannten „wilden" Wandervögel. Wenn es nach mir ginge, müßte denen das Mitnehmen von Instrumenten geradezu verboten werden. Denn was diese Leute mit ihren Lauten und Mandolinen angeben, ist so widerwärtig, so nervenzerrüttend und so ohne jeden, auch nur den geringsten Schimmer eines musikalischen Gefühls und Verständnisses, daß man die Geduld der Mitreisenden gegenüber solchen Gebaren oft genug bewundern muß. Für diese Sorte „Künstler" gäbe es also nur ein glattes „Nein!" Verschont die schöne Gotteswelt draußen mit eurem Höllenlärm! — Dann gibt es Menschen, die ihre Instrumente mitnehmen, weil es doch nun einmal „modern" ist in unsern Tagen, eine Laute, wenn auch nicht spielen, so doch bestehen und zeigen zu können. Auch diesen würde ich dringend raten, die Laute lieber zu Hause zu lassen. Ein jeder Tourist schleppt heute solch ein Gepäckstück mit, und wie jämmerlich und stümperhaft ist das, was oft mit dem Instrument geleistet wird! Das ist wirklich kein Genuß, dabei zuzuhören. Nur ganz ganz vereinzelt findet sich einer, der sich sicher mit seiner Laute und ihrer Kunst beschäftigt hat, und gerade jene Leute wird man selten spielen hören vor der Welt. Dazu ist ihnen ihre Musik zu lieb. — Zum dritten müssen wir auch noch jener gedenken, die die Laute schon lieben und ihre Kunst pflegen, als sie noch den Augen der Welt noch unbedeutend war, noch begraben unter dem Staube vergangener Zeiten. Das sind die echten Wandervögel. Sie haben das meiste Anrecht an die Laute, und gerade sie werden sich niemals damit aufdrängen. Ihnen braucht man nur ganz selten ein mahnendes „Halt!" zuzurufen. Sie stehen ihre Laute zu Ende, um damit zu proben. In stillen, verschwiegenen Waldwinkeln, in traulichen Schluchten, da klingen die weichen Töne, vielleicht auch mal auf der Landstraße zu frohem Marsch. Aber stets werden die Spieler einfühlsam genug sein, gerade in unsern Tagen niemandem mit ihrer Musik zu nahe zu treten. Sie mögen getrost ihre Lauten mitnehmen, wenn sie die Mahnung auch ferner beherzigen: Der Stimmer läßt sein Instrument zu Hause! Nur wer was Rechtes leisten kann, der mag's mitnehmen, sich und andern zur Freude in stillen Stunden.

Maria Langfritz.

Jugendherbergswesen

An alle Freunde des Jugendwanderns. Im eben abgelaufenen Jahre wurden in den meisten Jugendherbergen die Uebernachtungsziffern des besten Friedensjahres trotz aller Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten weit überholt. Es herrscht Einigkeit darüber, daß wir erst am Anfang des allgemeinen Jugendwanderns stehen und die nächsten Jahre noch bedeutend stärkeren Andrang bringen werden. Da gilt es, Obdach zu schaffen. Nicht immer eine einfache Sache bei der heutigen Wohnungsnot. Aber der Wille zur Aufrichtung der Jugendkraft und Opferfreudigkeit vermögen viel. Darum wendet sich der Hauptausschuß für Deutsche Jugendherbergen an alle Freunde der Sache mit der herzlichen Bitte, in Stadt und Land Umschau halten und die ermittelten Räume der Geschäftsstelle in Elberfeld (Kreis Siegen) oder dem zuständigen Zweigausschuß melden zu wollen.

Die deutschen Studenten- und Schülerherbergen sind in den Ferien 1919 viermal so stark in Anspruch genommen worden wie im Vorjahr. Der von der Hauptleitung in Hohmelle (Böhmen) herausgegebene Jahresbericht verzeichnet 9008 Uebernachtungen gegen 2463 im Vorjahr. Davon entfallen 2262 Uebernachtungen auf Herbergen der Tschechoslowakei, 18 auf österreichische und 6728 auf reichsdeutsche Herbergen. 2300 Gäste waren Angehörige deutscher Lehranstalten der Tschechoslowakei, 38 Deutschösterreicher, 6670 Reichsdeutsche und 1415 Hochschüler, 7598 Mittelschüler. Von 3063 Besuchstagen (gegen 1089 im Vorjahre) entfielen u. a. auf Oberschreiberhau 57, Oberwiesental 54, Hirschberg 51. Auch die meistbesuchte Herberge war Oberschreiberhau mit 847 Nächtigungen, vor Oberwiesental 304, Johanngeorgenstadt 207 usw. Oberwiesental hatte mit 24 Gästen den größten Tagesbesuch aller Herbergen, Breslau stellt mit 1061 Gästen die stärkste Besucherzahl, dann folgen Leipzig mit 868, Dresden mit 711. 398 Lehranstalten hatten 5598 Ausweise beantragt, ausgegeben wurden 3690 gegen 1908 im Vorjahr. Gegen die 79 400 Nächtigungen des Jahres 1918 sind die Zahlen des Vorjahres allerdings noch bescheiden.

Pappband geb. 8 M. — Wenn Natur und Menschenherz wirklich die ersten und größten Stoffe oder Aufgaben der Poesie sind, dann ist der Verfasser der „Fenster" nichts Geringeres, als — ein Dichter. Seine Plaudereien und Geschichten, die er eben zu einem Buch vereinigt hat, erinnern von ferne an Jean Paulsche Blumenstücke, Extrablättchen und Nachkapitel, an seine „niederländischen" Nebengeschichten vor allem, zu denen unsere Zeit wieder erhöhte Lust zeigt. So ist zu erwarten, daß sie auch das Büchlein „Fenster" loben und lieben wird. Die sorgsam hingeschriebenen Novelletten würden eine solche beifällige Aufnahme nur verdienen.

— Krunenfischer, Band 55. „Das Frauenhaus", Roman von Helene v. Mühlau. Preis 1,80 Mark und ortsüblicher Zuschlag. (Rudolf Mosse, Buchverlag, Berlin SW 68.) Wer die Werke der Dichterin Helene v. Mühlau kennt, wird es ohne weiteres glauben, daß ihr ein Buch, das Seelen und Empfindungen alleinstehender Frauen schildert, ganz besonders gelingen mußte. Und tatsächlich wird sich so leicht kein zweiter Roman finden, der in dieser Beziehung dem „Frauenhaus" gleichzustellen ist. Helene v. Mühlau hat eine Art ihre Frauengestalten einzuführen, zu entwickeln und zu voller Kraft zu erheben, die einzig ist und nur auf eigenes, großes Erleben zurückführt werden kann.

— Die zeitlose Arbeit, ihre große Bedeutung nicht nur für die Kultur, sondern auch für das wirtschaftliche Leben, ihre geringe Bewertung durch die handarbeitende Bevölkerung und ihre ungenügende Bezahlung, wird höchst überzeugend behandelt in der neuesten Nummer 3997 der „Illustrierten Zeitung" (J. J. Weber, Leipzig), deren übriger Inhalt wieder so reichhaltig ist, daß diese größte deutsche Wochenschrift ihren alten guten Ruf völlig wahrt. Die Tagesgeschichte nimmt natürlich den ersten Platz ein mit Bildern von den Vorgängen in Nordschleswig, insbesondere in Flensburg, von Theateraufführungen in Berlin, Altona und Rostock, mit Bildnissen berühmter Männer usw. Dem jüngst verstorbenen bekannten Porträtmaler Prof. Fritz August v. Kaulbach ist ein reich illustrierter Artikel gewidmet, ebenso dem noch lebenden Tierbildhauer Fritz Behn. Zwei prächtige Vierfarbendrucke nach Gemälden beweisen aufs neue auch den technischen Hochstand der „Leipziger Illustrierten" als führendes deutsches illustriertes Blatt.

— Alte Heiligen-Legenden. Aus dem Kölner Passional vom Jahre 1485. Der erste Teil. Uebersetzt von Rosa Breuer. Eingeleitet von Dr. Heinr. Saebler. Mit Zeichnungen von Karl Küster. 8° (180) M.-Gladbach 1920, Volksvereins-Verlag, G. m. b. H. Gebunden 8 Mk. — Legenda, Lesestoff nannte man im Mittelalter Sammlungen von Heiligengeschichten, aus denen am Gedächtnistage des Heiligen beim Gottesdienst vorgelesen wurde. Solch ein Buch ist auch die „Goldene Legende" des Dominikanermönches Jakobus aus Virago bei Genua, wo er um Jahr 1230 geboren wurde. Nächst der Bibel gibt es wohl kein Buch der Welt, das eine so ausgedehnte und so beispiellos schnelle Verbreitung gefunden hat, wie diese Legenda aurea. Ihr Geist und ihre Art gingen in der Reformationszeit verloren. Erst die Romantiker entdeckten die einzigartige Schönheit der alten Legendenpoesie wieder. In der neuesten Zeit hat man die deutschen Ausgaben der „Goldenen Legende", dieses schönen und tiefsinnigten deutschen Volksbuches, wieder ausgegraben. Die vorliegende Auswahl stützt sich auf die kostbaren Passional-Drucke der Kölner und Düsseldorfer Stadtbücherei. Die sinnlichen in ihr vereinigten Legenden — die schönsten sind ausgewählt — hat die Uebersetzerin aus ein und derselben mittelhochdeutschen Quelle geschöpft. Der Zauber des Altehrwürdigen, der über dem vergilbten Kodex ruht, der 1485 bei Ludewich Sachsenhausen in Köln gedruckt wurde, ist nicht fortgewischt. Wer noch nicht unempfänglich geworden ist für naturwüchsige Schönheit und Poesie, für die Tragik des Menschenleides und die Größe der Weltüberwindung, der wird bald diese uralte, ewige Volkskunst liebgewinnen, die eine heilige Quelle echter Lebensfreude ist.

— Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte. Von Konstanze von Franken. 36. verbesserte Auflage. 8° (96 Seiten). Preis vornehm gebunden 3,40 Mk. (einschl. aller Zuschläge). Max Hesses Verlag, Berlin W. 15. — Guter Ton und einwandfreies Benehmen sind gerade in unserer Zeit rückstrebender Verwirrung denn je. Von all den zahlreichen Büchern dieser Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereinigt, wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll und vornehm ausgestattet, behandelt seinen Stoff mustergültig und erschöpfend und ist äußerst billig. Nichts von blutleeren, steifen Formeln und Redensarten, überall geht Verfeinerung der äußeren Formen aus von innerer Veredlung, stets höflichkeit mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwachsene, der gesellschaftlich Feingebildete, wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedenfalls wäre es wir das Buch als besseres Geschenk zu Ostern, Konfirmation, Geburts- oder Namenstag wärmstens empfehlen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62, Fernruf 4530.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004021-14/fragment/page=0006